



Verleger: Hermann Schöndel, in Breslau 5 Markt, 2. Etage. Druck: 50 Bl. außer dem pro Quartal und 50 Bl. außer dem pro Quartal. Preis: 1 Mark. Anzeigen: 50 Bl. außer dem pro Quartal. Preis: 1 Mark. Anzeigen: 50 Bl. außer dem pro Quartal. Preis: 1 Mark.

Verleger: Hermann Schöndel, in Breslau 5 Markt, 2. Etage. Druck: 50 Bl. außer dem pro Quartal und 50 Bl. außer dem pro Quartal. Preis: 1 Mark. Anzeigen: 50 Bl. außer dem pro Quartal. Preis: 1 Mark. Anzeigen: 50 Bl. außer dem pro Quartal. Preis: 1 Mark.

Nr. 106. Mittags-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 3. März 1876.

## Deutschland.

### 0. I. Landtags-Verhandlungen.

#### 19. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 2. März.

12 Uhr. Am Ministertische: Camphausen, Friedenthal, Geh. Räte Hoffmann, Rögger, Windfleisch, Bahl u. A.

Das Haus setzt die Specialberatung des Budgets fort. Ein zu dem Etat der allgemeinen Finanzverwaltung gestellter Antrag des Abg. Kapp auf Kündigung des Accessionsvertrages mit Waldeck wird auf den Antrag des Abg. Wöhrer zurückgestellt und soll einer besonderen Verhandlung am nächsten Mittwoch vorbehalten bleiben.

Zu dem Titel: Beihilfe für die Stadt Elbing zur Verzinsung und Tilgung der städtischen Kriegsschuld beantragt der Abg. Wisselnd, 10,000 Mark zu setzen: Betrag pro 1876 30,000 Mark, sowie die königliche Staatsregierung aufzufordern: den Communalzuschuß für Elbing in dem Etat des nächsten Jahres dem Nothstande der Commune angemessen zu erhöhen.

Nach einer kurzen Begründung durch den Antragsteller und nachdem der Regierungs-Commissar Geh. Rath Rögger erklärt, daß die Regierung mit der Einstellung der Summe von 10,000 Mark alles, was unter den gegenwärtigen Umständen möglich sei, für die Stadt Elbing gethan zu haben glaube, wird der Antrag zur weiteren Prüfung der Budgetcommission übergeben.

Mehrere auf diesen Etat bezügliche Petitionen von Beamten wegen Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Es folgt der Etat des Seehandlungs-Instituts. Hierzu beantragt Abg. v. Wedell-Machow: die Regierung aufzufordern: „Der General-Directio der Seehandlungsgesellschaft die Theilnahme an Consortialgeschäften zu unterlagen.“

Abg. Kette will die Regierung auffordern: der General-Directio der Seehandlungsgesellschaft die Theilnahme an Consortialgeschäften, wenn die Zinsen der betreffenden Werthpapiere nicht vom preussischen Staate oder deutschen Reich garantirt sind, zu unterlagen.

Endlich beantragt Abg. v. Kardorff: „Die Regierung aufzufordern, vorbereitende Schritte zu thun, um die Auflösung der Seehandlung bewerkstelligen zu können, sobald die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes dies gestatten.“

Abg. Nasse: In der Presse ist vielfach darauf hingewiesen worden, daß bei Gelegenheit der Etablierung der Seehandlung von der rechten Seite des Hauses Angriffe vorbereitet würden, um gegen die gegenwärtige Finanzverwaltung ein Mißtrauensvotum auszusprechen. Ich muß mich entschieden gegen die Unterstellung verwahren, als ob der Antrag von Kardorff, dessen Annahme ich Ihnen empfehle, ein derartiges Mißtrauensvotum enthalte. Ich und meine politischen Freunde haben vom ersten Augenblick an dem gegenwärtigen Finanzminister bei allen seinen großen reformatorischen Maßregeln unsere volle Unterstützung niemals verweigert. Aber gerade der Umstand, daß gegen ihn und seine Verwaltung Verdächtigungen der allerschlimmsten Art, Angriffe der widerwärtigsten Sorte haben ausgesprochen werden können, und daß diese Beschuldigungen nicht ohne einen gewissen Eindruck auf die öffentliche Meinung geübt sind, muß uns bestimmen, sorgsam zu prüfen, ob nicht ein Mangel in den Institutionen des Landes vorhanden ist, der Anlaß dazu geben könnte. Ich bin nun der Ueberzeugung, daß dies allerdings der Fall ist. Die Seehandlung bringt unseren Staat in eine ganz solche Stellung. Der Staat wird dadurch in Verbindung mit einzelnen Bankinstituten zur Durchführung von Börsengeschäften, zu Operationen benutzt, um die übernommenen Course zu halten, zu fixiren, zu steuern u. dergl. Die Verwendung von Staatsgeldern und von Staatscredit zu solchen Zwecken ist schon an und für sich eine höchst mißliche Sache, durch die Verbindung aber mit einzelnen großen Bankhäusern wird sie um so bedenklicher. Denn es ist ja unermesslich, daß der Staat nur wenige und nur die größten und angesehensten Bank-Institute aussucht, um derartige Geschäfte mit ihnen zu betreiben.

In Folge dessen werden die kleinen Bankhäuser den Staat und die Seehandlung beschuldigen, die Staatsgelder dazu zu verwenden, um unter Verhüllung der großen Geldinstitute die Interessen des kleinen Verkehrs zu schädigen; und da alle derartigen Geldoperationen sich der Natur der Sache nach immer in ein gewisses Dunkel hüllen, so ist es unermesslich, daß in dem Publikum sich ein unheimlicher Mißtrauen gegen das Land und die Seehandlung bildet, durch dessen Fortbestehen das Land und die Würde des Staates im höchsten Maße leidet. Es ist ja natürlich, daß, wenn ein Institut des Staates gewisse Effecten auf den Markt bringt, der einfache Staatsbürger und Familienvater derartige Papiere für solche hält, in denen er mit der größten Sicherheit sein Geld anlegen kann. Der Staat übernimmt in Folge dessen gewissermaßen persönlich eine Verantwortlichkeit: er unter keinen Umständen tragen und erfüllen kann. Diese Bedenken treten um so schärfer hervor, wenn wir uns an die geistigen Ausführungen des Finanzministers erinnern, wie außerordentlich schwer es sei, selbst bei den sichersten Papieren im Voraus zu berechnen, wie ihre Stellung nach 2 oder 3 Jahren sein werde. Dazu kommen Vorwürfe anderer Art gegen das Fortbestehen eines derartigen Instituts. Wir hören von Zeit zu Zeit wiederholte Klagen des Publikums, daß die Seehandlung durch das Discountiren, vor Allem aber durch das Lombard-Geschäft den Geldmarkt in Verwirrung bringe, indem sie plötzlich große Geldbeträge auf die Börse bringe, zu anderen Zeiten wieder unerwartet ihr Geld der Börse entziehe. Wir hören ferner die beständige Klage, daß die Seehandlung die Maßregeln der Reichsbank geradezu durchkreuze. Wir sind außer Stande, zu beurtheilen, in wie weit diese Klagen und Vorwürfe begründet sind. In jedem Falle aber ist dieses Discount- und Lombardgeschäft eines Staatsinstituts ein höchst bedenkliches. Aus diesen Gründen scheint es mir für das Ansehen des Staates höchst wünschenswerth, daß die Bankgeschäfte der Seehandlung allmählig, soweit die Verhältnisse des Landes es erlauben, sistirt werden, und ich empfehle Ihnen daher dringend den Antrag des Abg. v. Kardorff.

Abg. v. Wedell-Machow: Mein Antrag geht dahin, die Staatsregierung aufzufordern, der Seehandlung die Theilnahme an den Consortialgeschäften zu unterlagen. An und für sich kann ich ja absolut nichts gegen derartige Geschäfte sagen, wenn sie von großen Bankhäusern ausgeführt werden; die Macht des großen Capitals besteht nun einmal und ich bin nicht im Stande, sie zu brechen. (Sehr richtig! links. Heiterkeit.) Wenn aber das Seehandlungsinstitut sich an einem solchen Consortium theilnimmt, so steht der Staat mit seiner Macht im Hintergrund, und das große Capital erhält dadurch Staatshilfe. Die Theilnahme der Seehandlung bei solchen Geschäften ist gewöhnlich eine geringe, und ihr Gewinn in Folge dessen auch; wenn dies aber der Fall ist, so erscheint das Institut mehr als Commissionär und Agent jener großen Bankhäuser und nicht als handelnd im eigenen Interesse. Wenn man nun noch den Umstand berücksichtigt, daß die Seehandlung zuweilen mit der größten Theilnahme vorgeht, sowie den Verdacht erregt, den ein derartiges Institut erregen muß, so glaube ich, handeln Sie nur im Staatsinteresse, wenn Sie die Regierung auffordern, die Theilnahme des Instituts an Consortialgeschäften zu unterlagen. Hierzu kommt noch ein zweites Moment, wenn man die Uebersicht der Papiere vergleicht, bei welchen die Seehandlung sich theilnimmt. Im Jahre 1873 waren es unter anderen Vergleich-Wärsche, Berlin-Görlitzer, Halle-Sorauer, Guben, Köln-Mindener, Hannover-Altenbeker, Magdeburg-Halberstädter und Ober-Schlesische Eisenbahn-Prioritäten, ungarische Schatzanweisungen, russische Bodencredit-Aktien; im Jahre 1874 neben Berlin-Görlitzer, Köln-Mindener, Magdeburg-Halberstädter, Ober-Schlesische Eisenbahn-Prioritäten noch Krupp'sche Partialobligationen, Deutsche Boden-Credit-Bank-Aktien, Oesterreichisch-Französische Staatsbahn, Ungarische Obligationen, Oesterreichische Bergwerke, im Jahre 1871 Obligationen der Stadt New York, Gotthardbahn u. s. w.

Aus diesem großartigen Speisegitter ergeben Sie erstens, daß kein System in der Theilnahme zu finden ist, und zweitens, daß ein staatliches Institut sich nicht in der Weise theilnehmen sollte. Ich sehe wirklich nicht ein, wie die Seehandlung dazu kommt, russische Bodencreditactien zu begünstigen, von einem Lande, das, abgesehen von der politischen Hinsicht, in wirtschaftlicher

Beziehung durch seine Grenzperre gezeigt hat, daß es uns nicht freundlich gesinnt ist; Oesterreichener, die im höchsten Course 118 gestanden und mit denen sich der Staat gleichsam an den Gründungen theilnimmt; Ungarische Eisenbahnen, während der Markt mit einheimischen Papieren hinreichend belastet ist. Was nun meine Stellung zu den anderen Anträgen anlangt, so muß ich mich gegen denjenigen des Herrn Abgeordneten v. Kardorff, welcher die Aufhebung des Instituts fordert, erklären, weil ich nicht will, daß plötzlich ein solches altes preussisches Staatsinstitut verschwinde, und weil ich zur conservativen Partei gehöre, die wohl das Alte verbessern, aber nicht ohne dringende Noth stürzen will. Mit dem Antrag Kette stehe ich ziemlich auf demselben Boden, weil ich meinen Antrag für consequenter halte und es ja auch durch denselben nicht ausgeschlossen ist, daß bei außergewöhnlichen Gelegenheiten der Seehandlung die Theilnahme gestattet ist. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen; wenn Sie das nicht thun können, so functioniren Sie damit ein Vorgehen der Seehandlung, das doch unmöglich im Interesse des Staates geschehen kann.

Abg. v. Kardorff: Der Herr Abg. v. Wedell geht nach meiner Meinung durchaus inconsequent vor; er will der Seehandlung die Theilnahme an den Consortialgeschäften verbieten lassen, von denen er doch selbst zugiebt, daß jedes Bankinstitut sie macht, und andererseits will er das Institut trotzdem bestehen lassen. Ich glaube, dahinter verbirgt sich ein ganz anderer Gedanke, er will dem Finanzminister die Möglichkeit lassen, sich durch die Seehandlung unter allen Umständen die Befähigung von Geldern zu sichern, selbst gegen den Willen des Abgeordnetenhauses. Ein solches Motiv kann ja keine Berechtigung haben, aber ein geschickter Finanzminister wird sich nach meiner Meinung auch ohne ein solches Institut Geld zu beschaffen wissen. Allerdings will ich, daß er dabei Kopf und Krallen riskirt, wie Vork bei Lauroggen. Für mich giebt es nur zwei Möglichkeiten, entweder best man das Institut als Bankhaus auf, oder man läßt es völlig ungebändert so bestehen, wie es jetzt ist. Daß das Erstere nicht so rasch geschehen kann, ist klar, ich fordere ja aber auch nur die Regierung auf, die Aufhebung zu bewirken, sobald es möglich ist. Mein Grund für das Vorgehen ist ja der, daß ich das Bestehen der königlichen Seehandlung neben der Reichsbank für bedenklich und gefährlich halte, weil sie den Geldmarkt völlig beeinflussen kann und dies häufig direct gegen die Intentionen der Reichsbank thut. Als ich in der Commission an die Staatsregierung die Frage richtete, ob die Normirung des Privatbankdisconts der Seehandlung in Einklang gehe mit der Normirung des Reichsbankdisconts, so wurde die Frage verneint mit dem Hinweis darauf, daß die Seehandlung in Folge ihres geringen Capitals keinen maßgebenden Einfluß auf die Höhe des Privatbankdisconts ausübe. Dabei übersteht man aber, daß die Seehandlung ein Staatsinstitut und als solches einen bedeutenden Einfluß ausübt, ohne Rücksicht auf die Höhe des Capitals. Meine Auseinandersetzungen im vorigen Jahre haben sich vollständig bewahrheitet, und ich wiederhole es auch noch heute, daß die Seehandlung zum größten Theil schuld ist an der Ueberpeculation, und daß die kleinen Privatbanken gegen jene völlig verschwinden. Herr von Benda meint, daß wir früher hätten gehen sollen, aber damals befanden wir uns alle in einem gewissen Willkürtaumel. Von einem Finanzminister oder dem Leiter eines Staatsinstituts, wie die Seehandlung ist, kann man aber fordern, daß er sich nicht dem allgemeinen Strom hinreißen läßt.

Bei dieser Sachlage tritt nun an das Abgeordnetenhaus die Frage heran, ob es sich für die gänzliche Aufhebung des Instituts entscheiden soll. Der finanzielle Verlust, der hierdurch eintreten würde, ist nur ein geringer, da ja das Capital an sich bestehen bleibt. Das Letztere würde man am besten dazu verwenden, um Reichsbankanleihe zu kaufen, denn ein Einfluß des Staates auf dieses Institut erscheint mir bei der jetzigen Zusammenlegung seiner Leitung sehr wünschenswert. Ich möchte noch besonders betonen, daß mein Antrag durchaus kein Mißtrauensvotum für den Finanzminister involvirt, da es ihm selbst ja freigestellt ist, bei günstiger wirtschaftlicher Lage die Aufhebung vorzunehmen. Ich stimme allerdings in verschiedenen Punkten mit dem Herrn Finanzminister nicht überein, z. B. in seiner Behauptung über die günstigere wirtschaftliche Lage, in der wir uns befinden sollen, eine Behauptung, in die auch Herr Richter einstimmt, indem er uns vorträgt, wir müßten nicht fortwährend Aufregung im Lande verursachen. Nun gehören aber jener Seite 99 Procent der gesamten Presse des Landes, die stets die wirtschaftliche Politik des Finanzministers vertheidigen, und wenn trotzdem eine gegenbellige Bewegung im Lande entsteht, so muß diese doch ihren realen Hintergrund haben. Man sollte da am allerwenigsten mit solchen Worten, wie Bauernfänger und dergleichen, die der Herr Abgeordnete Richter gestern gebraucht hat, um sich weichen, denn ein solcher Ton muß notwendig wieder eine entsprechende Reaction in jenen Blättern veranlassen. Ich bin selbst oft genug von der sogenannten Revolverpresse geschmäht worden, aber ich habe geantwortet, weil ich nicht denjenigen Muth besitze, den der Franzose Muth der Gasse nennt, courage du russeau; um so mehr bedauere ich es, daß sich der Herr Abgeordnete Richter gestern zu Äußerungen hat hinreißen lassen, die in parlamentarischen Kreisen nicht vorkommen sollten. Im Uebrigen empfehle ich Ihnen meinen Antrag, wenn Sie nicht die wirtschaftlichen Folgen verantworten wollen, die sich aus dem Fortbestehen der Seehandlung ergeben werden.

Seheimer Seehandlungsrath Bahl: Ich wende mich zunächst gegen den Antrag, welcher der Seehandlung den Abschluß von Consortialgeschäften unterlagen will. Diese sind der wichtigste und einträgliche Theil der Geschäfte des Instituts, und wollte man seine Actionsfähigkeit in dem beantragten Sinne beschränken, so würde man die Seehandlung aus der Reihe der ersten continentalen Bankhäuser auf das Niveau eines localen Commissions- und Wechselgeschäfts herabdrücken, vorbehaltlich der Ansicht meines hohen Herrn Chefs (Seitens) bin ich selbst der Meinung, daß der heftigsten Vertheidigung der Seehandlung die Auflösung des ganzen Instituts vorzuziehen wäre. Die Consortialgeschäfte erfüllen bei unsern heutigen wirtschaftlichen Zuständen die wichtige Aufgabe der Vertheilung des Capitals, die von einer einzelnen Firma gar nicht geleistet werden kann. Zudem die Seehandlung an dieser Aufgabe theilnimmt, wird das öffentliche Interesse nicht benachtheiligt, sondern eine Garantie dafür gegeben, daß nur solide Geschäfte jenem Zwecke dienen. Der Beigeordnete, welchen heute die Consortialgeschäfte haben, ist meines Erachtens nicht in den Verhältnissen begründet. Der große Umfang derselben wird auch der Maßstab ihres Nutzens sein. Die Summe solcher, unter Theilnahme der Seehandlung abgeschlossenen Geschäfte repräsentirte im Jahre 1874 1803 Millionen Mark. Auch ohne die Seehandlung freilich würden die Geschäfte gemacht worden sein; ob aber mit derselben Solidarität, das lasse ich dahingestellt. Man hat der Seehandlung noch zum Vorwurf gemacht, daß sie sich auch an der Emission ausländischer Anleihen theilnimmt. Aber dazu sind große Bankgeschäfte da, ihr Feld ist das Ausland, so gut wie das Inland, der ganze Geldmarkt überhaupt. Warum sollen wir auch unseren Nachbarn keine Unterstützung leisten? Es ist doch gewiß besser, daß das Ausland uns etwas schuldig ist, als wir dem Auslande. Es sind heute auch die Objecte der Seehandlungsgeschäfte, besonders die von ihr acquirirten Zinshilfen sehr mißgünstig beurtheilt worden. Solche Geschäfte gehören aber zu den Seitenstücken; die hier besprochenen Oesterreichener Bergwerke sind ein sicheres Unternehmen, und was die Beilegung der Dortmunder Unions-Prioritäten anbelangt, so verweise ich, sie geschah nicht aus Sympathie für das betreffende Unternehmen, sondern weil es sich um eine hypothekarische Anleihe der Dortmunder Union handelte, welche sicher gestellt ist auf den Werthen der Gesellschaft, die auf 58 Mill. Mark taxirt sind, während das Anleihen sich nur auf 18 Millionen beläuft.

Finanzminister Camphausen: Ich will den eben mitgetheilten Thatsachen noch einige allgemeinere Bemerkungen hinzufügen. Ich sehe allen Consortialgeschäften der Seehandlung durchaus unbefangen gegenüber. Dieselben haben sich in den letzten vier Jahren lediglich innerhalb der Competenz des Instituts bewegt: die Zustimmung des Finanzministers ist dazu weder nachgesucht, noch erteilt worden. In wie weit einzelne dieser Geschäfte anfechtbar gewesen sein mögen, das zu prüfen wollen wir einer ruhigeren Zeit überlassen. Wir alle sind ja davon durchdrungen, daß wir Jahre erlebt haben, in denen wir launigere Auffassungen hatten, als in ruhigeren Zeiten. Nachdem hier die prinzipielle Bedeutung der Seehand-

lungsinstituts berührt worden ist, will ich aber daran erinnern, daß die Seehandlung ein Staatsinstitut ist, durch ein Staatsgesetz geschaffen, das nicht durch einen einfachen Antrag zum Etat geändert oder beseitigt werden kann. Das Institut ist eine Eigenthümlichkeit des preussischen Staatswesens. Wenn es meine Aufgabe wäre, diese Eigenthümlichkeit aus rein philosophischen Gründen abzuleiten, ihre absolute Nothwendigkeit darzuthun, so würde ich vor dieser Aufgabe zurücktreten. Wir müssen uns statt dessen fragen: Was hat denn die Seehandlung bisher geleistet, hat sie Nutzen oder Schaden gebracht? Die unbefangene Antwort darauf wird lauten: Sie hat sehr großen Nutzen gebracht. Freilich dürfen wir uns nicht darauf einlassen, wie dies heute so vielfach geschieht, die Seehandlung mit dem Staate zu identificiren. Die Seehandlung ist ein kaufmännisches Institut, sie ist der Bankier des Staates. Alles, was sie thut, darf zwar nie des Staates unwürdig sein, aber der Staat und sein Finanzminister darf nicht für jede Handlung einer solchen Centralstelle verantwortlich gemacht werden. Man hat hingewiesen auf die Menge von Klagen und Verdächtigungen, welche an das Institut geknüpft worden sind. Aber welches Institut, welche Person ist heute vor Klagen und Verdächtigungen geschützt? (Zustimmung.)

Der Abgeordnete Nasse hat erwähnt, daß man auf der Börse darüber geklagt habe, die Seehandlung habe die gegebenen Lombardleihen plötzlich gekündigt. Derartige Klagen bringen in die Blätter, je nachdem diese die Wünsche der Baissier- oder Haussier-Partei vertreten, aber ob sie begründet sind, darüber steht überhaupt nichts fest. Der Abg. von Kardorff meint ferner, die Seehandlung handle nicht im Einklang mit den Aufgaben und Zwecken der Reichsbank. Diese Ansicht ist irrig. Der Discont der Seehandlung richtet sich im Allgemeinen nach demjenigen der Reichsbank. Angesichts der Thatlage, daß die concurrirende Discontirtheiligkeit lange nicht genug bei uns ausgebildet ist, würde ich es für einen bedauerlichen Rückschritt halten, wenn die Seehandlung diese Thätigkeit einstellen würde. Gehen Sie doch nach dem Centrum des Weltmarkts, auf die Lombardstreet in London, und sehen Sie, wie der Capitalüberfluß beständig auf den Discontsatz der Bank von England einwirkt. Derselbe kann sich ihm auf die Dauer nicht entziehen; die Privatbankdisconten zwingen sie, ihnen zu folgen. Freilich hat unser Vaterland noch einen weiten Weg bis zu solchen Verhältnissen zurückzulegen. Aber wer es aufrichtig mit unserem Bankwesen meint, der kann nur auf's Heftigste wünschen, daß auch in Zukunft neben der Reichsbank mächtige Bankhäuser das Discontogeschäft betreiben. Diese Frage, meine Herren, hat mich lange Jahre genug beschäftigt, um mir zuzutrauen, daß ich einen solchen Satz nicht aussprechen würde, wenn ich nicht von seiner Wahrheit durchdrungen wäre. Nun hat sich Herr von Kardorff zu der Behauptung vertheilt, die Seehandlung habe an den Speculationen und Gründungen der Vorjahre die Hauptschuld. Zur Begründung hat er inoffen nicht das Mindeste angeführt. Es war der Zeitpunkt, in welchem Deutschland von Frankreich 5 Milliarden Kriegsschuld an sich sieben hatte, als ganz Europa sich daran theilnahmte, die erforderlichen Zahlungsmittel aufzubringen. Daß da nicht Alles schmerzlos abgehen konnte, wird jeder billig Denker zugeben.

Die Seehandlung hatte damals zunächst mitzuwirken bei der Rückzahlung der ersten Kriegsanleihen, sie hatte demnach das Capital den inländischen Unternehmungen zuzuführen. Sehen Sie die Liste der Geschäfte der Seehandlung durch, Sie werden nicht finden, daß „Gründungen“ unterstützt worden wären. (Widerspruch rechts.) Die überwiegende Zahl ihrer Geschäfte war auf solide Unternehmungen gerichtet. Auch ausländische mußten berücksichtigt werden, wenn unserer gegenwärtigen Weltstellung entsprechend die Berliner Börse wirklich ein Centralpunkt internationaler Operationen werden sollte. Ueber die Stellung und Nothwendigkeit der Seehandlung werden die Ansichten nicht leicht einig werden. Die Staatsregierung glaubt, sie nicht aufgeben zu können. Wenn nun heute die Rechte dieses Hauses plötzlich einen Sturm auf die Seehandlung unternehmen, so glaube ich, gilt diese Demonstration weniger der Seehandlung, als daß sie eine Kritik der Verwaltung des gegenwärtigen Finanzministers in sich schließt. (Zustimmung.) Wenn daher jemals, so muß ich mich heute entscheiden und in verdoppelter Nähe gegen den Antrag erklären. Ich kann Sie nur dringend bitten, denselben abzulehnen.

Abg. Kette: Es ist klar, daß die Consortialgeschäfte, welche die Seehandlung gemacht hat, in so fern vielfach einen üblen Einfluß gehabt haben, als es sich dabei vielfach um Papiere von zweifelhafter Sicherheit gehandelt hat. Ein vollständiges Verbot der Consortialgeschäfte scheint mir deshalb aber doch zu weit zu gehen. Ich glaube, daß man den gewünschten Zweck vollkommen erreicht, wenn man die Consortialgeschäfte auf solche Werthpapiere beschränkt, deren Zinsen vom Staat oder vom Reich garantirt sind.

Abg. Windthorst (Heppen): Ich habe geglaubt, die Frage, welche uns beschäftigt, objectiv ohne Beziehung auf persönliche Verhältnisse erörtern zu können und war daher erstaunt, als der Finanzminister erklärte, daß in den gestellten Anträgen und in der Discussion der Frage eine Kritik der Finanzverwaltung liegen soll, obwohl er vorher erklärt hatte, daß alle die bemängelten von der Seehandlung abgeschlossenen Geschäfte von derselben allein aus eigener Competenz ohne sein Zutun abgeschlossen seien. Es ist für meine Logik unverständlich, wie eine Kritik der Seehandlung eine Kritik des dabei unbetheiligten Finanzministers sein kann. Ich erkläre den Herren von der Ministerauctorität, welche vielleicht aus meiner Rede Veranlassung nehmen, dem Minister ein Vertrauensvotum zu erteilen, daß ich trotz dieser Erklärung des Finanzministers objectiv die Frage erörtern werde, ob die Seehandlung so fortbauern soll, wie sie ist, oder ob sie beschränkt werden soll. Bei den jetzigen Verhältnissen in Preußen kann die Seehandlung nicht fortbauern und dafür sind für mich viel mehr politische Gründe als rein wirtschaftliche und finanzielle maßgebend. Der Staat hat nicht den Verfall, allerlei nützliche und lucrative Geschäfte zu treiben, denn dann könnte man auch eine Staatsbankhandlung für die Belieferung der Armee, eine Staatspapierhandlung — eine Staatsdruderei haben wir ja schon — einrichten. Das ist ein vollständiges Verkennen der Bedeutung und der Aufgaben des Staates und führt uns zu den Zuständen, mit denen die Socialisten uns beglücken wollen. Der Gedanke, aus welchem die Seehandlung entstanden ist, mag richtig gewesen sein, als es in Berlin üblich war. Alles von oben herab mit dem Reichthum zu regieren, für gewisse Verhältnisse des Patrimonialstaates mag das geeignet gewesen sein, aber es ist es nicht für den monarchisch-constitutionellen Staat. Denn man kann einem constitutionellen Finanzminister nicht ein Bankinstitut überlassen, dessen Operationen nicht klar zu übersehen sind. Die Volkvertretung verliert dadurch die Möglichkeit, den Finanzminister in einer Weise verantwortlich zu machen, wie es der gegenwärtige Herr Finanzminister zu seinem Ruhme selbst wünscht. Ich habe die Ueberzeugung, daß die Seehandlung in ihrem jetzigen Zustande eine Handhabe für den Minister ist, sich der Verantwortlichkeit gegenüber zu entziehen; sie ist gewissermaßen die große Couleuse, hinter welcher die Operationen verschwinden, sobald man sie unter die Lupe nehmen will.

In diesem Hause ist das vielleicht Manchem nicht ganz klar, obwohl die Belegung gewisser Staatsgelder einen Wink geben sollte, aber im Reichstage ist es klar geworden. Als dort die Belegung des Zinvaldenfonds, welche nicht ganz in Ordnung war, erörtert wurde und wir eine Reihe von Fragen stellen mußten, da erhielten wir auf den entscheidenden Theil der Fragen die Antwort: das hat die Seehandlung gethan; vor dieser Couleuse blieben wir stehen und gelangten nicht zur vollständigen Klarheit. Für mich ist entscheidend, daß ein solches Bankinstitut selbst unter der direkten Leitung des Finanzministers mit dem constitutionellen Staate unvereinbar ist und daß es auch auf die Gefahr hin, einen finanziellen Nutzen zu verlieren, beibehalten werden muß. Der Finanzminister hat mit Recht die Seehandlung eine eigenthümliche Institution Preußens genannt, nirgends habe ich ähnliches gefunden, schon der Name ist curios und ich glaube zuerst, daß das Institut konnte, daß dort mit Seefischen und Krebsen gehandelt würde (Oh! Oh! Gelächter.) bis mir mein guter alter Kanne (Seitens) die nöthigen Winke über das Wesen dieses Instituts gab. Die Seehandlung ist durch ein besonderes Gesetz errichtet und wir können sie nur im Einverständnis mit der Staatsregierung aufheben. Die Frage ist nur, ob es zur Zeit angezeigt ist, die Seehandlung aufzuheben, obwohl der Finanzminister sich entschieden dagegen erklärt hat. Der Abg. v. Kardorff hat seinen Antrag so vorichtig gefaßt und so in Baumwolle eingewickelt, daß er fast nichtsfähig ist, — denn er will nur vorbereitende Einleitungen oder einleitende Vorbereitungen zur Aufhebung



treffen, wenn die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse es gestatten. Dennoch wird das Prinzip in ihm zum Ausdruck gebracht, daß die Auflösung der Seehandlung angezeigt sei, und deshalb stimme ich dem Antrage bei und will ihn heute nicht verfechten.

Ich vertheile den Unterschied nicht, welcher zwischen einem Staatsinstitut und einem Bankhaus des Staates bestehen soll, die Seehandlung ist doch ebenso ein gewerbliches Unternehmen des Staates, wie die Staatspost u. A. Die Lage wird dadurch nicht geändert, daß die Seehandlung eine so große Wirksamkeit hat, ohne die Autokratie des Finanzministers zu bedürfen, und Geschäfte, wie die vom Abg. v. Wedell specificirten, abschließen darf, welche stark nach Gründungen schmecken. Ich stimme mit dem Finanzminister darin überein, daß in den Anfeindungen gegen die Seehandlung kein Grund liegt, dieselbe aufzulösen, denn ich kann aus eigener Erfahrung bestätigen, daß kein Institut und keine Person vor solchen Anfeindungen sicher ist (Heiterkeit), und die Herren von der Ministerbank haben mir sehr zu dieser Erfahrung geholfen. Aus solchen Anfeindungen darf man aber keinen Anlaß nehmen, um gegen ein Geld-Institut Sturm zu laufen, so wird überhaupt ein Geld-Institut nicht genommen. Aber diese Anfeindungen — obwohl ich sie heute einmal alle nicht für wahr halten will — zeigen, daß der allgemeine Sinn des Volkes etwas instinctiv zu fühlen beginnt (Unruhe links), was nicht ganz richtig ist. (Gelächter links.) Diese täglichen Associationen mit Bankhäusern zu allerlei Unternehmungen bringen ein Staats-Institut in bedenkliche Verwicklungen und erregen leicht den Verdacht, daß auch die Seehandlung auf ähnlichem Wege Geld macht wie die, mit denen sie sich associirt. (Rufe links: Zum Beispiel!) Ich will diese Beispiele nicht einzeln anführen (Rufe links: Ja! Ja!) Wenn Sie mich dazu treiben, dann kann es dazu kommen, aber heute thue ich es nicht. Der Staat und seine Institute können nicht mit Anstand dieselben Geschäfte treiben, wie ein Bankhaus. (Große Unruhe links.) Die Herren auf der linken Seite sind mit dem Capital so innig verbunden, daß jede Verleumdung oder Kritik sie in große Erregung bringt.

Weil auf die Verbindung der Seehandlung mit Bankhäusern der Sach-Anwendung findet: Sage mir, mit wem Du umgehst und ich will Dir sagen wer Du bist, deshalb bin ich dafür, daß man den Staat und seine Institute baldmöglichst von der hantle finance trenne. Ich bezweifle nicht, daß die Seehandlung manchen Profit für die Staatskassen gemacht und manchen wirtschaftlichen Unternehmen geholfen hat, aber der Staat hat diese Aufgabe nicht mehr, er soll mit der Privatthätigkeit nicht concurriren. Der Staat braucht kein besonderes Bankhaus, um mit seinen bedeutenden Geldern richtig zu wirtschaften, dazu hat er die Reichsbank und zum guten Theil kann er die nötigen Geschäfte direct machen. Wenn man die Correspondenz des Finanzministers mit der Seehandlung über den Ankauf der Prioritäten ansieht, so fragt man sich, weshalb das Finanzministerium dieselben nicht direct angekauft hat, da es doch allein in dieser Angelegenheit maßgebend geblieben ist. Wenn als Rathgeber ein bankmännlich geschulter Mann durchaus notwendig war, so könnte man ja Herrn v. Bleichröder zum vortragenden Rath im Finanzministerium ernennen. (Heiterkeit.) Um unbegründeten Verdächtigungen entgegenzutreten, bin ich aus den angeführten Gründen für die vollständige Befreiung des Seehandlungsinstituts und weil das augenblicklich unerreichbar ist, stimme ich für den Antrag v. Kardorff.

Abg. Laßker: Es paßt dem Vorredner sehr oft, daß er probocatorische Aeußerungen gegen die linke Seite des Hauses gebraucht oder, daß er absichtlich die Heiterkeit des Hauses in hohem Maße erregt und wenn dann Zeichen des Widerpruchs von unserer Seite laut werden, oder wenn das Haus in die Heiterkeit einstimmt, so erhebt er seine Stimme in größerer Erregung und macht Vorwürfe, die er, wie ich glaube, bei kaltem Blute nicht aufrecht erhalten würde. In einem Momente solcher Erregung hat er heute gesagt: Die Herren von der Linken scheinen so innig und fest mit dem Capital verwickelt zu sein und in so nahe Verbindung mit dem Capital zu stehen, daß jede Forderung darauf sie aufs Äußerste alterirt. Wird wirklich der Abg. Windthorst gegen die linke Seite des Hauses in ihrer Gesamtheit eine derartige Ausstreuerung aufrecht erhalten wollen? Ich hoffe zu seiner Ehre nein. Ich, der erste Redner, der heute aus dieser Seite des Hauses aufsteht, kann den Vorredner bestätigen, daß er selbst persönlich nach seinem eigenen Geständnis im Reichstage mit dem Capital in viel näherer Verbindung steht als ich, ohne daß ich ihm einen Vorwurf daraus mache. Er ist Mitglied eines Verwaltungsrathes einer sehr angesehenen Bank. Es ist darüber weiter nichts zu sagen, als daß der Vorredner außerhalb des Hauses Geschäfte treibt und für diese Geschäfte die Verantwortlichkeit mitträgt. Aber aus diesem „in Verbindung stehen mit dem Capital“, während man selbst dazu gehört, und die allergeringste Zahl der Mitglieder des Hauses Verwaltungsrath einer Bank ist, einen Vorwurf auf die ganze linke Seite des Hauses zu werfen, das scheint mir weder sachgemäß zu sein, noch persönlich verantwortet werden zu können.

Der Vorredner begann seine Rede damit, er wolle diese Sache ganz frei von Verdächtigungen und Anfeindungen gegen die Verwaltung und völlig objectiv beurtheilen. Statt dessen ist er ganz in das Fahrwasser solcher Verdächtigungen hineingekommen, weit schlimmer als die Redner v. Below und v. Kardorff. Die letzteren haben wenigstens thatsächliche Beispiele vorgeführt und wirkliche Geschäfte erwähnt, während er nur Allgemeines vorbrachte und erklärte, er wolle sich der einzelnen Beispiele enthalten, wenn man ihn nicht sehr provocire, als man ihn aber provocirte, erwiederte er, er wolle es dennoch heute nicht thun. (Sehr wahr! links.) Ich gehöre zu denen, die lange vor Herrn v. Wedell und vor Herrn v. Kardorff und als Herr Windthorst noch seine Heringsgebanten über die Seehandlung hatte (Große Heiterkeit), dieses Institut angegriffen und die Thätigkeit der Seehandlung für nicht vereinbar mit unserem constitutionellen Regiment und für wirtschaftlich nicht correct erklärt hat. Und zwar bin ich mit ganz direkten Anträgen auf das Ziel ihrer Befreiung losgegangen, leider aber ohne Unterstützung der Herren v. Kardorff und v. Wedell, vielmehr unter ihrer direkten Gegnerschaft. Das war vor dem Jahre 1870. Inzwischen kamen die Jahre nach dem Kriege und die Seehandlung hat während dieser Jahre eine überaus bedeutende Thätigkeit entfaltet, wie sie in der Geschichte unseres Geldmarktes unerbört war. Das ichen mir nicht die rechte Zeit, dieses Institut zum Gegenstand der öffentlichen Verhandlung zu machen. Dies war der Grund, weshalb wir inzwischen diese Sache haben ruhen lassen; denn zu aller Zeit stehen uns die sichtbaren Staatsinteressen über den principiellen Fragen, die wir nach und nach zum Austrag zu bringen gewonnen sind. (Hört! im Centrum.) Man trat in diesem Jahre abermals die Frage an uns heran, und hätten wir die ursprünglichen Gegner der Seehandlung bloß als Partei gerechnet, so würden wir niemals eine glücklichere Stimmung im Hause gefunden haben; denn auf allen Seiten ist man jetzt hier überzeugt, daß die Seehandlung sowohl wirtschaftlich sehr bedenkliche Seiten hat, als auch politisch sehr viele Angriffs-punkte darbietet.

Als aber diese Frage im Schooße unserer Partei verhandelt wurde, haben sich alle Mitglieder übereinstimmend dahin ausgesprochen, daß, wenn es schon in den Jahren 1871–1875 nicht rathsam war, den Gegenstand zur öffentlichen Verhandlung zu bringen, dies noch ungleich bedenklicher erscheine in den trankhaften Zuständen der gegenwärtigen Zeit. Wir wollen unsere gute Sache nicht einmischen in die leidenschaftlichen Parteierregungen des Tages und uns nicht dem Vorwurf aussetzen, daß wir nicht auf Grund objectiver Untersuchungen, sondern auf Grund erregter Gefühlsaufwallungen gegen die Seehandlung vorgehen. Eben so, wie wir während starker volkswirtschaftlicher Strömungen, wo alle Welt doch auf das Feindliche erregt ist, zurückhalten suchen müssen, so ist es unsere Pflicht, wenn jene Bestrebungen niedergeklagen sind und das Land krank darniederliegt, dahin zu wirken, daß diese Krankheit gehoben, in Ruhe behandelt und nicht durch Aufregung verschlimmert werde. Es ist ja auch heute nicht möglich gewesen, diese Verhandlungen ruhig zu führen, ohne daß auch hier die erregten Leidenschaften des Tages uns entgegen traten. Ich persönlich und eine große Zahl meiner politischen Freunde neigen durchaus zu den Ansichten hin, die heute sachgemäß und überzeugend von dem Abgeordneten Rasse vortragen wurden. Auch ich bin der Meinung, daß der Staat ein Handelsinstitut wie die Seehandlung nicht brauchen kann und daß dasselbe schon heute ganz außer der Zeit ist. Es ist nicht möglich, daß zwei Dinge, die nicht gegeneinander abgeordnet werden können, zu einander in Aequivalenz zu stellen. Wenn die Seehandlung auch noch so große Summen für den Staat erwirbt und demgemäß als gutes Geschäftsinstitut betrachtet werden kann, so ist heute zu Tage das Geschäft namentlich des Bankquartiers in Berlin so beschaffen, daß eine Privatperson mit genauer Noth zusehen mag, daß sie überall die Grenze des Nichtethischen inne halte; der Staat ist aber nicht im Stande, auf diesem Gebiete zu concurriren. Er kann nicht die Linie einhalten, deren Ueberschreitung ihm zum Vorwurf gereichen muß, auch wenn sie der Privatperson gestattet bleibt.

Diesen Theil der Ausführungen sämtlicher Vorredner habe ich unwider-säglich gefunden. Das ist kein Staatsgeschäft. In die Moral solcher Geschäfte ist noch sehr zu discutiren für Privatpersonen, sofern sie gezwungen sind, für einen bestimmten Tag oder eine Periode den Cours aufrecht zu erhalten, um ihn später sinken zu lassen, so tief, als Gott und die Börse es will. Die Dinge gehen an der Börse nicht so gewöhnlich zu, daß dort die Geschäfte so abgemacht werden, wie etwa ein solider Kaufmann seine Waaren aus einer fremden Himmelsgegend bezieht und für diese Arbeit nach der Con-junctur sich seinen Lohn bezahlen läßt. Sondern überall an der Börse giebt es Agenten, welche die Geschäfte präpariren, damit sie möglichst ge-

winbringend für einige Tage werben könne, daß die Productivität für die ganze Nation dabei im geringsten in Betracht kommt. Nun gehört es aber zu den ersten Regeln der Volkswirtschaft, daß man Personen dieser Art nicht in die Kategorie der productiv schaffenden Menschen, sondern in die derjenigen vertheilt, welche ohne jede Rücksicht auf den allgemeinen Nutzen nur darnach trachten, für ihre eigene Tasche einen Gewinn zu haben. Ein der-artiger bloßer Austausch ist keineswegs dem Nationalwohl zuträglich, son-der unter Umständen der Moral schädlich. Betanlich ist unter dem Bei-fall eines großen Theiles des hiesigen Capitalmarkts ein Herr aufgetreten, welcher in einer förmlichen Programmrede öffentlich dargelegt hat, er halte heute für einen Simpel, der da glaubt, daß die Bankiers an der Börse Ge-schäfte machen um der Sache willen, und nicht vielmehr einzig und allein prüfen, wie viel Gewinn sie selbst aus der Sache heraus schlagen können. Wenn dies nun der Zustand des Bankwesens ist, so ist sicherlich kein Grund vorhanden, ein Staatsbankiergeschäft aufrecht zu erhalten, welches nach der Weise der Bankiers zu operiren gezwungen ist. Aber wir haben uns sagen müssen, wozu heute einen Antrag mitmachen, der einen praktischen Ausgang gar nicht hat, sondern nur ein Princip aussprechen soll? Nein, ich kann, und hierin spreche ich im Namen aller meiner politischen Freunde, die heutige Verhandlung von der gestern bei der Belegung des Provinzialfonds geführten Verhandlung nicht trennen. Beide Anträge, beide Vorwürfe sind Kinder desselben Gedankens.

Die Redner haben sich freilich heute gebildet, mit Ausnahme des Abg. Windthorst, die gestern durch eine so große Mehrheit widerlegten Vorwürfe in derselben Form wieder vorzubringen, und ich erkenne das dankend an; sie haben, durch die gestrige Erfahrung belehrt, vielfach eine objectivere Grund-lage ihrem Antrage zu geben versucht; aber wenn wir heute einen Beschluß mitfassen sollen, der nicht einmal jetzt eine praktische Bedeutung hat, sondern nur eine principielle Manifestation enthält, so würde dies das Bistum von gestern ganz außerordentlich abschwächen und die größte Verwirrung im Lande herbeiführen. (Oho! rechts. Zustimmung links.) Nun, meine Herren, Sie wissen ja, daß ich mir niemals die Politik dictiren lasse nach dem Willen der Minorität (Lachen im Centrum), welche jede Gelegenheit gegen die Re-gierung benutzt, wo wir sie nicht so benutzt haben wollen. Wir haben ja über Gleichartiges uns schon einmal unterhalten, als Sie uns einen sehr schön klingenden Antrag über das allgemeine Wahlrecht brachten. Zwei Rücksichten haben wir in diesem Augenblicke wahrzunehmen, die eine ist die Rücksicht auf den trankhaften Zustand des Landes, den wir heilen wollen, sodann die Rücksicht, nicht diejenigen Angriffe scheinbar durch unser Bistum noch zu verstärken, die gegen den wirtschaftlich liberalen Theil der Regierung von gewissen Seiten gerichtet werden. (Aha! im Centrum.) Welches Be-dürfnis sollten wir, die wir auf der Linken sitz, das Institut der Seehand-lung beklagen haben, heute haben, die Ansicht der belehrten Herren v. Kar-dorff und v. Wedell zu bekräftigen? Wir können die Frage nur politisch und in ihrer Gesamtheit behandeln und da wollen wir uns und den Herren auf der Rechten nicht die Markstrasse vordrängen lassen. Unsere Zustimmung zu Ihrem heutigen Antrage würde für Sie nur die Bedeutung haben: gestern haben wir das Spiel verloren, heute haben wir es gewonnen. (Sehr richtig! links.) Diese Gründe bewegen uns, keinem der von Ihrer Seite gestellten Anträge zuzustimmen. (Beifall links.)

Abg. Richter (Hagen): M. H., gestatten Sie mir, eine persönliche Be-merkung voranzuschicken. Herr v. Kardorff hat es für gut befunden, zurück-zugreifen auf persönliche Bemerkungen, die gestern zwischen mir und Herrn v. Below ausgetauscht wurden. Er hat mir dabei zum Vorwurf gemacht, daß und wie ich eine außerhalb des Hauses stehende Person angegriffen. Wenn syste-matisch von dieser und anderen Persönlichkeiten die Majorität der parlamen-tarischen Versammlungen — ich selbst bin persönlich hierbei verhältnismäßig am wenigsten beteiligt — systematisch in verletzender Weise angegriffen wird, dann kann es nicht gerechtfertigt, sondern sogar notwendig werden, von der Macht dieser Tribune Gebrauch zu machen, um solche Angriffe zurückzuweisen und die Angreifer zu kennzeichnen, als das, was sie sind. Ich kann mir den Mithrasdienst, den Herr v. Kardorff der hier in Frage stehenden Person geleistet, nur aus seiner mangelhaften Personentkenntnis erklären. Ich bin in der Lage, ihm den Abdruck eines Circulars vorzulegen, worin dieser Redacteur sich den Berliner Ladebesitzern erbot, im reaktionellen Theil seiner Zeitung für „einige Thaler Werth aus ihrem Geschäft“ ihren Wünschen entsprechend Reclame zu machen, um die Gütebesitzer vom Lande ihnen als Kundschäft zuzuführen. (Hört! Große Heiterkeit.) Das ist man in Berlin so unethisch, „Bauernfang“ zu nennen. Damit für alle Mal ge-nug von dieser Person und dieser Zeitung. Obgleich es sonst nicht Sitte ist, daß Dritte sich in den Austausch persönlicher Bemerkungen mischen, bin ich doch dem Abg. v. Kardorff dankbar dafür, daß er mir Gelegenheit giebt, auf meine letzte gestrige persönliche Bemerkung dem Herrn v. Below gegenüber zurückzukommen. Ich thue das um so lieber, als ich erfahren habe, daß Abg. v. Below jenes Zurückgreifen des Abg. v. Kardorff in keiner Weise veranlaßt hat. Meine gestrige Bemerkung hat nicht die Ehre des Abg. v. Below angegriffen oder ihn mit den als „Bauernfänger“ bezeichneten Per-sonen in eine persönliche oder gesellschaftliche Verbindung bringen, sondern es nur als nicht rathsam bezeichnen sollen, daß ein Abgeordneter durch ge-schäftliche äußere Beziehungen zu jenen Personen den Schein auf sich laßt, deren Vernehmen zu billigen. Uebrigens wird man sich erinnern, daß mir die Beziehung auf „gesellschaftliche Gewohnheiten“ nur in den Mund ge-kommen ist durch die vorhergegangene persönliche Bemerkung, wonach dem Herrn Vorredner seine gesellschaftliche Gewohnheit einen gleichartigen Aus-druck nicht gestattet.

Zur Sache selbst kann es ja für einen alten Gegner der Seehandlung, wie ich es bin, nur erfreulich sein, wenn nunmehr die rechte Seite zur Auf-hebung dieses Instituts die Initiative ergreift. Wer längere Zeit in diesem Hause sitzt und sich dadurch gewöhnt, die Parteien leidenschaftlicher zu be-urtheilen, kommt schließlich zu der Ueberzeugung, daß die linke Seite und die rechte Seite sich hauptsächlich nur dadurch unterscheiden, daß man auf der rechten einige Jahre später zu derselben Erkenntnis kommt, welche sich auf der linken schon früher Eingang verschafft hat. (Heiterkeit.) Seit dem Jahre 1869, wo ich einen Antrag auf Auflösung der Seehandlung stellte, habe ich die Angelegenheit hier nicht wieder zur Sprache gebracht, weil jenes Institut mit großen Geschäften im Interesse des Reiches belastet war, deren Abwic-klung wir durch unsere parlamentarische Verhandlung nicht fördern wollten. Aber ich habe in der Zeit aufmerkjam darüber gewacht, daß das Institut der Seehandlung nicht eine erweiterte Ausdehnung durch Gesetze bekomme. Vielleicht wäre mir es auch gelungen, den Standpunkt, den ich schon in der Commission des Reichstages über das Invalidenfondsgezet zur Geltung ge-bracht hatte, im Plenum des Reichstages festzuhalten, nämlich die Seehand-lung von allen Geschäften mit dem Reichs-Invalidenfonds auszuschließen, wenn nicht damals, am 3. Mai 1873, der Abg. v. Kardorff seine Ver-sammlung der Seehandlung hätte zu Gute kommen lassen. (Heiterkeit.) Es ist nun einmal mein Schicksal, mich stets früherer entgegengesetzter Reden zu erinnern. Der Abg. v. Kardorff sagte also damals: „Ich habe mich nur zum Worte gemeldet, um Verwahrung einzulegen gegen diejenige Willkür, die der Abg. Richter wiederum gegen die Seehandlung gehalten hat.“ (Heiterkeit.) Er führte dann weiter aus, daß die Seehandlung dem preußi-schen Staate bei Begebung von Anleihen die allerwesentlichsten Dienste ge-leistet habe und daß sie auch dem Invalidenfonds von wichtigem Nutzen sein könne. Das war nun freilich zu einer Zeit, wo der Abg. v. Kardorff, um an seine heutigen Worte anzuknüpfen, noch den allgemeinen Zaum mitmachte. (Heiterkeit.)

Er hatte auch über die ganze Wirtschaftspolitik damals ganz andere An-sichten, denn am 4. April 1873, unmittelbar vor dem Krad, erklärte er, daß die Lage des Landes eine blühende sei; und wir glauben deshalb berechtigt zu sein, an den Herrn v. Kardorff die Frage zu richten, ob er sich nicht viel-leicht, wie damals, in einer übertriebenen Dankschuldigkeit, heute in einer übertriebenen Baissetimmung befindet. (Heiterkeit.) Wie bei allen Neu-bekehrten, so ist es auch bei diesen Herren: sie sind uns alten Gegnern jetzt allzu eifrig in ihren Angriffen auf die Seehandlung. (Heiterkeit links.) Wir haben alle Veranlassung, diesen Eifer zu mäßigen, damit diese Strömungen gegen das Seehandlungsinstitut nach Befreiung der Nebenströmungen noch eben so stark bleiben. Herr v. Kardorff hat der Seehandlung vorgeworfen, daß sie die Ueberpeculation veranlaßt habe. Nun ist doch das eigentliche Jahr der Ueberpeculation 1872 gewesen, und in diesem hat die Seehandlung 8 Millionen Thaler Lombard verliehen aus ihrem eigenen Fonds zu 2½ pCt., dazu 5 Millionen für das Reichs-Lanternamt mit 5½ pCt., für den Finanz-minister 17 Mill. mit 4–5½ pCt., also im ganzen Jahre etwa 30 Mill., so daß man nicht fehlgehen wird, wenn man annimmt, daß 1872 durchschnitt-lich für 10–12 Millionen Thaler von der Seehandlung in Lombard angelegt waren. Angesichts dieser Zahlen erscheint doch wirklich den andern Grün-dern gegenüber die Seehandlung fast wie ein Lammchen, was das Wasser kaum getrübt hat. (Heiterkeit links.) Wenn ferner hingewiesen wird auf die Confortialgeschäfte und die Unterbringung von Effecten, so zeigt der Ver-richt, daß in jenem Jahre sehr wenig Confortialgeschäfte gemacht worden sind, nämlich nur sechs. Obwohl die Berichte in der Ausführlichkeit manches zu wünschen übrig lassen, so läßt sich doch ersehen, daß die Ausdehnung des Geschäftskreises nicht in die Zeit der Ueberpeculation, sondern in das Jahr 1873 fällt, wo der Finanzminister ein Gesetz vorlegte, um für Staatsrechnung

Lombarddarlehen durch die Seehandlung zur vorübergehenden Benutzung des Staatsantheils an der Kriegskontribution begeben zu dürfen.

Der Abg. Birchow und ich stimmten damals allein gegen die Vollmacht. Wo war der Abg. v. Kardorff und die ganze Rechte? Sie überstimmte uns und genehmigte die Anlage preussischer Staatsgelder in Lombarddarlehen durch die Seehandlung. Die Seehandlung hat durch Staatsbills, auf welche Herr v. Kardorff Werth zu legen scheint, viele Papiere und Geschäfte unter-stützt, während es damals richtiger war, den Krad sich möglichst rasch voll-ständig ausstricken zu lassen. (Heiterkeit.) Das wäre ein wirksamere An-griff für Herrn v. Kardorff. Die Seehandlung, welcher damals ein Theil der schnellig bezahlten Milliarden zufließ, für die Ueberpeculation verant-wortlich zu machen, hieße einem Canal Schuld geben, daß er an der Ueber-schneidung Schuld sei. Die Seehandlung kann nicht wie eine Notenbank ihr Umlaufcapital beliebig vermehren, sondern nur dasjenige anderwärts anlegen, was ihr selbst zufließt. Nun habe ich die Seehandlung genug ver-theiligt (Heiterkeit), ich könnte sonst die Rollen tauschen wie Herr v. Kardorff. Wenn man der Seehandlung die Confortialgeschäfte verbietet, so liegt über-haupt kein Grund für die Fortexistenz derselben vor (Sehr richtig!), verbietet man die Confortialbetheiligung und löst die Seehandlung nicht auf, so kann dies nur den Zweck haben, das Institut fortbestehen zu lassen als eine Spar-bildes, aus der die Regierung sich ohne Genehmigung des Landtages Geld beschaffen kann; in der Frage der Confortialgeschäfte ist deshalb die Frage der Seehandlung selbst mitenthalten. Die Behauptung, daß Confortialgeschäfte notwendig seien, um die Begebung von Staatsanleihen zu erleichtern, ist unrichtig; die öffentliche Subscription wird gerade in den schwierigen Fällen für diesen Zweck immer der beste Weg bleiben. Wenn man auf die gegen-theiligen Erfahrungen aus dem August 1870 hinweist, so erwiderne ich, daß die Confortien vor der Schlacht bei Wörth und Saarbrücken dem Staate nicht so viel Geld gegeben hätten, wie das Volk in der öffentlichen Sub-scription. (Sehr wahr!)

Auch sonst sprechen die Erfahrungen durchaus nicht zu Gunsten der Con-fortien bei Unterbringung von Staatsanleihen. Die Vorteile, welche Eisen-bahnen oder andere Unternehmungen von den Geschäften haben, die sie mit der Seehandlung betreiben, werden überdies nur erlangt durch den Nachtheil, den andere Unternehmungen haben, deren Papiere nicht durch die See-handlung begeben werden. Man ruft durch diese Concurrenz von allen Seiten Feinde gegen die Finanzverwaltung nach und verdreht durch die Steigerung der Course dem Staate selbst den Ankauf von Papieren für seine Fonds. Diese Gründe führen allerdings dazu: daß die Seehandlung, ganz abgesehen von ihren politischen Gefahren, mehr Nachtheile durch solche Geschäfte bringt als Vorteile. Wenn wir nun gleichwohl dem Antrage Kardorff nicht zustimmen, so geschieht es einmal aus dem Grunde, weil ja überhaupt kein Antrag auf Auflösung kein Datum hat. Ein Wechsel, in dem keine Verfallzeit angegeben ist, hat überhaupt keinen Werth. Wir haben aber auch noch andere Gründe, die der Abgeordnete Laßker zum Theil schon dargelegt hat. Wir müssen fürchten, daß, wenn wir einen Antrag auf Auf-lösung der Seehandlung stellen, gelegentlich der Etablierung, wir unsere Gründe nicht aus dem Institut, sondern aus der zeitweiligen Geschäftsführung zu entnehmen scheinen. Wir dürfen solchen Antrag weder stellen noch annehmen, wenn es sich um eine Geldbewilligung für den Finanz-minister handelt, weil es dann so scheint, als ob wir in irgend eine Ver-bindung treten mit den Angriffen, denen der Finanzminister deshalb gerade ausgesetzt ist, weil er gegen die Zumuthungen von Interessencoterien das all-gemeine Staatsinteresse und das wirtschaftliche Interesse zu wahren sich be-sonders bemüht. (Sehr wahr! links.) Ich finde auch ganz natürlich, was der Abgeordnete von Kardorff erwähnte, nämlich, daß sich Vereinigungen im Lande bilden zur Verfolgung von Sonderinteressen. Es herrscht in Folge der Reaction gegen die Ueberpeculation eine Mißstimmung, über deren Grund man sich bei der mangelhaften volkswirtschaftlichen Bildung, welche vielfach in Deutschland herrscht, nicht klar ist.

Es liegt nun nahe, diese Mißstimmung gegen die Staatsverwaltung aus-zunutzen, es bilden sich Organisationen zur Verfolgung von Sonderinteressen, welche glauben, in diesem allgemeinen Trüben etwas für sich finden zu können, leichter als zu anderer Zeit, und diesen Bestrebungen, mögen es nun Schützjöhner oder andere Agitationen sein, entgegenzutreten mit dem Herrn Finanzminister, halten wir heute für unsere vornehmste Auf-gabe. Aus dem uns vorgelegten Berichte geht schon hervor, daß der Kreis der Geschäfte der Seehandlung im Jahre 1874 bereits abgenommen hat gegen das Jahr 1873. Der vorliegende Bericht geht nur bis Ende 1874; ich würde den Finanzminister sehr bitten, uns den Bericht für 1875 bald zugeben zu lassen. Wir würden daraus erfahren können, ob und in wie weit die mit der Kriegskontribution und der Münzreform zusammenhängenden Geschäfte abgewickelt sind. Wir erwarten außerdem, daß der Finanzminister Alles dazu beitragen wird, die Geschäfte der Seehandlung, nachdem die eben genannten Geschäfte beendet sind, in die normalen Grenzen zurückzuführen. Der Finanzminister hat sich schon im Jahre 1869 damit einverstanden erklärt, das Capital der Seehandlung zu reduciren. Er hat diesen Antrag ausge-führt, indem er eine entsprechende Summe aus dem Gewinn der Seehand-lung in den Etat einstellte. Er hat die Erdmannsdorfer Spinnerei veräußert und die wünschenswerthe Auflösung der Berliner Leihanstalten angeregt und so den Geschäftskreis der Seehandlung verringert und daß der Finanzminister in diesem Sinne fortfahren wird, steht zu erwarten, so lange er die Geschäfte nicht gänzlich aufgeben wird. (Beifall links.)

Dann wird die Frage der Auflösung mit der Zeit erwogen werden kön-nen, welche auch der Finanzminister nicht für eine politische, sondern für eine Zweckmäßigkeitsfrage hält. Er hat heute gehört, daß sich auch gegen die Zweckmäßigkeit der Seehandlung Einwendungen machen lassen und daß keine politische Partei für die Erhaltung des Instituts ist. Wir müssen spätestens auf die Frage der Auflösung zurückkommen bei dem Geze über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben. So wenig daraus geschlossen werden kann, daß wir die Vorlage eines solchen Gesetzes nicht mehr wün-schen weil wir es heute nicht beantragen, so wenig kann aus unserem heu-tigen Verhalten gefolgert werden, daß wir nicht mehr für die Auflösung der Seehandlung sind. Wir haben mit dem jetzigen Finanzminister eine Reihe von Reformen zu Stande gebracht und hoffen, daß auch die vorliegende Frage ihre zweckmäßige Lösung finden wird. (Beifall links.)

Hiermit schließt die Debatte.  
Persönlich verwahrt sich.

Abg. Rasse dagegen, daß sich in seinen rein sachlichen Ausführungen ein Angriff gegen den Finanzminister befunden hätte.

Abg. v. Kardorff bestritt, daß die vom Abgeordneten Richter ange-zogenen Stellen einer von ihm im Reichstage gehaltenen Rede einen Wechsel seiner Gesinnung documentirten.

Abg. Windthorst (Neppe) erklärt, er hätte nicht behauptet, die Herren von der Linken seien mit dem Capital verwannt, sondern nur gefragt, ob sie mit demselben verwannt wären. (Widerpruch links.)

Abg. v. Below erkennt an, daß nach der heutigen vom Abg. Richter abgegebenen Erklärung, dessen gestrige persönliche Bemerkung allerdings seiner persönlichen Ehre nicht zu nahe trete, und hält sich deshalb für ver-pflichtet, zu erklären, daß auch er die Wenbung von den „gesellschaftlichen Gewohnheiten“ nicht gebraucht haben würde, wenn ihn die vorhergehende Aeußerung Richters nicht dazu gereizt hätte.

Abg. Laßker constatirt, daß Windthorst nicht in Frageform, sondern ganz politisch von der Verwanntheit der Linken mit dem Capital gesprochen habe. (Zustimmung links.)

Sogar am Ende seiner persönlichen Rede habe er sich nicht enthalten können, auf die linke Seite eine neue Beschuldigung zu häufen mit der Bemerkung, er unterdrücke seine Gedanken, wie die Herren von der Linken. Angesichts dieser Thatfache rufe er nur dem Abg. Windthorst zu: Quis tulit Grachos de seditione quarentes.

Abg. Richter (Hagen) erklärt dem Abg. v. Kardorff gegenüber, daß er, so lange der Wetter am finanziellen Himmel gemessen wäre, durchaus nicht den Finanzminister als Ursache desselben angesehen habe; ebensowenig könne er aber auch jetzt zugeben, daß derselbe das schlechte Wetter ver-schuldet habe.

Die Anträge v. Kardorff, v. Wedell und Rette werden hierauf ab-gelehnt; für ersteren stimmt das Centrum und ein Theil der Freiconservativen, für den Antrag v. Wedell erheben sich nur wenige Mitglieder des Centrums und der conservativen Partei, für den Antrag Rette unter großer Heiterkeit nur der Antragsteller selbst.

Auf eine Anfrage des Abg. Hlendorff über den Verkauf der der See-handlung unterstehenden Bromberger Mühle entgegengetreten Geheimrath Pahl, daß der gegenwärtige Zeitpunkt dazu nicht geeignet erschienen sei.

Die einzelnen Titel des Etats der Seehandlung werden unverändert genehmigt.  
Schluß 4¼ Uhr.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Erste Lesung des Competenz-gesetzes und kleinere Vorlagen.)

Berlin, 2. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Kreisgerichtsrath Senger zu Hildesbach im Kreise Sigen den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Bergarzt Dr. Brade zu Neuwiedstein bei Waldenburg den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem kätischen Spartassen-Präsidenten Kemtes zu Eresfeld den königlichen Kronen-Orden



bierter Klasse; dem Mitgliede des Heroldsamtes, Geheimen Regierungsrath  
Freiherrn von Lebebur das Kreuz der Comthure des königlichen Haus-  
Ordens von Hohenzollern verliehen.

Se. Majestät der König hat den bisherigen ordentlichen Professor an der  
Universität zu Erlangen Dr. Carl Ludwig Ernst Schröder zum ordentlichen  
Professor in der medicinischen Facultät der hiesigen Universität und zum  
Mitglied der Wissenschaftlichen Deputation für das Medicinalwesen; den bi-  
herigen Privatdocenten an der Universität zu Berlin Dr. Ulrich von Wila-  
mowitz-Möllendorff zum ordentlichen Professor in der philosophischen  
Facultät der Universität zu Greifswald; und den bisherigen außerordent-  
lichen Professor an der Universität zu Prag Dr. Walthar Fleming zum  
ordentlichen Professor in der medicinischen Facultät der Universität zu Kiel  
ernannt.

Der ordentliche Professor an der Universität zu Breslau, Confistorialrath  
Dr. Reuter ist in gleicher Eigenschaft in die theologische Facultät der Uni-  
versität in Göttingen; der ordentliche Professor in der medicinischen Facultät  
der Universität zu Kiel, Dr. Kupffer in gleicher Eigenschaft an die Uni-  
versität zu Königsberg i. Pr.; und der ordentliche Professor in der philosophi-  
schen Facultät der Universität zu Kiel, Dr. Weinhold in gleicher Eigen-  
schaft an die Universität zu Breslau versetzt worden.

Berlin, 2. März. [Se. Majestät der Kaiser und Königin]  
nahmen heute die laufenden Vorträge entgegen und arbeiteten später  
mit dem Kriegs-Minister, General der Infanterie von Rameke, und  
dem Chef des Militär-Cabinetts, General-Major von Albedyll.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war gestern Abend  
in der liturgischen Andacht zum Beginn der österlichen Zeit im Dome  
anwesend.

Heute findet im königlichen Palais eine musikalische Abend-Unter-  
haltung statt.

[Die Commission für den Gesetzentwurf über die  
evangelische Kirchenverfassung,] welche heute ernannt wurde,  
besteht aus folgenden 21 Mitgliedern: 9 Nationalliberale, nämlich die  
Abgg. Gneist, Miquel, Wehrenpennig, Richter-Sangerhausen, Tschow,  
v. Benda, Schumann, v. Ebel, Deltus; 4 Clericale, nämlich  
v. Gerlach, Brühl, Kirchhoff, v. Grote, d. h. sämmtliche vier Hospitanten  
des Centrums; der fünfte Platz, den das Centrum zu besetzen gehabt  
hätte, ist von demselben an die Fortschrittspartei abgetreten worden,  
so daß diese diesmal fünf Mitglieder gestellt hat, nämlich die Abgg.  
Klog-Berlin, Birchow, v. Sauten-Tarputzen, Knöcke, Wismann.  
Von den Freiconservativen gehören der Commission an die Abgg.  
Graf Bethusy und Schmidt-Sagan, von den Neuconservativen der  
Abg. v. Bismarck-Platow. Als Vorsitzender wurde von der Commission  
der Abg. Miquel, als Stellvertreter der Vorsitzender der Abg. Klog  
gewählt.

[Erklärung.] Aeußerungen, die bei der Beratung des An-  
trages Denzin in der Abgeordnetenhausung vom 23. v. M. von  
ultramontaner Seite fielen, haben den Geh. Commerzienrath Rob.  
Warshawer, der von der bekannten Eisenbahn-Untersuchungs-Commission  
im Jahre 1873 als Sachverständiger vernommen wurde, veranlaßt,  
nachfolgendes Schreiben an das Präsidium des Abgeordnetenhauses zu  
richten:

Berlin, den 1. März 1876.

An den Präsidenten des Hauses der Abgeordneten  
Herrn von Vennigsen Hochwohlgeboren.

Nach dem mir jetzt vorliegenden stenographischen Bericht über die Sitzung  
des Hauses der Abgeordneten vom 23. vor. Mts. (S. 202) hat der Abgeord-  
nete Dr. Röderath folgende mich betreffende Aeußerung geäußert:

„Zunächst, meine Herren, wenn uns in den „Glossen zum Eisenbahn-  
bau“ mitgeteilt wird, daß der Geh. Commerzienrath Warshawer ganz  
unbefangen mit großer Unbefangenheit erklärte, daß eben die Befähigung  
mit den Decernenten dazu notwendig gewesen sei, um eine Eisenbahn-  
Concession zu erlangen, so ist das ein „Ja“ und ein „Nein“ u. s. w.“

Da ich, wie in den „Glossen zum Eisenbahnbau“ S. 43 abgedruckt ist,  
bereits ausgelegt habe, daß ich mich nie als ein Eisenbahn-Concessionär  
beworben habe, so kann damit nichts Anderes gemeint sein, als der auf  
S. 45 der „Glossen zum Eisenbahnbau“ abgedruckte Passus meiner Aus-  
lassung vor der Untersuchungs-Commission, welcher also lautet:

„Auf die erste an mich gerichtete Frage muß ich wiederholt bemerken,  
daß ich keine Erfahrung darin gemacht habe, wieviel Zeit die Ertheilung  
einer Concession in Anspruch nimmt. Da Sie wünschen, daß ich meine  
Meinung unbedenklich ausspreche, so darf ich doch nicht unbedacht  
lassen die Art und Weise, wie es ja bisher möglich war, einen Einfluß  
auf die Bescheidung der Entscheidung auszuüben. Die Befähigung  
mit den Decernenten u. s. w., dies Alles fällt weg, wenn die Notwen-  
digkeit einer Concessionierung durch Gesetz da ist.“

Schon der trodene Wortlaut der hier wiedergegebenen Stelle weicht gän-  
zlich ab von dem Sinne, den Herr Dr. Röderath in dieselbe hineinlegt. Der-  
selbe spricht von der Erlangung der Concession durch Befähigung mit  
Decernenten, meine Aussage bezieht sich durchaus nur auf die Befähigung  
eines Geschäftsganges in solcher Angelegenheit.

Vollends im Zusammenhange der Fragen und Antworten erfährt, springt  
die Sache noch viel deutlicher ins Auge und der Herr Redner würde sich  
keinen Augenblick hierüber haben täuschen können, wenn er eben diesem Zu-  
sammenhange seine Aufmerksamkeit hätte schenken wollen.

Die an mich, sowohl seitens des Herrn Vorsitzenden, als speciell des  
Herrn Abgeordneten Vaster in der Commission an dieser Stelle gerichteten  
Fragen dreht sich um den Punkt: ob die Concessionierung durch Gesetz  
dem jetzt üblichen Wege vorzuziehen sei? Meine Antwort fiel verneinend  
aus und stützte sich vornehmlich auf das Bedürfnis rascher Erledigung  
einer solchen Angelegenheit.

Auf die Frage, wie im Wege der bisherigen Concessionierung mehr  
Raschheit zu erzielen sei, erfolgte meinerseits die Antwort: weil durch den  
persönlichen Verkehr mit einem einzelnen instruirenden Beamten die Auf-  
klärungen und Verständigungen schneller herbeigeführt werden könnten, als  
dies gegenüber den gesamten Factoren der Gesetzgebung denkbar sei. (Vgl.  
Prot. III, Nr. 1 und 4 des Fragebogens.)

Es bedarf nicht erst des Nachweises, daß diese aus meiner unbedachten  
Beobachtung zur Aufklärung der Commission gegebenen Mittheilungen eine  
ganz unzulässige Vergleichung zweier Prozeduren von mehr oder minder  
schneller Gangart liefern sollten. — Daß hier an eine unerlaubte Beein-  
flussung der Beamten nicht entfernt gedacht war, liegt auf der Hand; —  
und zum Ueberflusse: welcher vernünftige Mensch möchte auch für möglich  
halten, daß ich etwas der Art zu meiner eigenen Unehre als einen Erwä-  
gungsgrund zu den Acten habe geben wollen?

Da nun gleichwohl Herr Röderath diesen für mich und für die kaiser-  
lichen Beamten compromittirenden Sinn in sein Citat gelegt hat, so trifft  
mein persönliches Interesse mit dem öffentlichen Interesse dahin zusammen,  
daß der Sachverhalt der Wahrheit entsprechend hergestellt werde, und ich er-  
laube mir, an Ew. Hochwohlgeboren deshalb das ergebenste Ersuchen zu  
richten:

Dem hohen Hause der Abgeordneten von dieser meiner Erklärung durch  
deren Verlesung Kenntnis geben zu wollen, eben. wird nur, wie ich hoffe,  
gestattet sein, daß ich dieselbe im Druck an die Herren Mitglieder des  
Hauses vertheilen lasse.

Mit ausgezeichnetster Hochachtung  
Ew. Hochwohlgeboren ergebenster  
Robert Warshawer.

Magdeburg, 1. März. [Besuch der Kaiserin.] Die „N. Ztg.“  
schreibt: Begrüßt von dem Jubel der hiesigen Bevölkerung traf Ihre Maj-  
estät die Kaiserin-Königin heute Morgen 10 Uhr 52 Minuten mittelst Extrazuges  
von Berlin über Stendal in Begleitung der Gräfin Charlotte v. Bismarck,  
der Vorsitzenden des Vaterländischen Frauenvereins zu Berlin, der Hofdame  
Gräfin Brandenburg und des Kammerherrn Herrn Grafen Rittberg in un-  
serer Stadt ein, wurde am Bahnhof von Sr. Excellenz dem Herrn Ober-  
präsidenten v. Patow und der Frau v. Patow ehrsüchtig begrüßt  
und durch die feierlich geschmückten Straßen nach dem Oberpräsidial-Gebäude  
geleitet, wo auf Befehl Ihrer Majestät auf 11½ Uhr eine Konferenz des zur  
Einberufung der durch die Ueberschwemmung der Elbe hervorgerufenen Noth  
zusammengerufenen Unterstützungs-Comités und der Damen des hiesigen  
Vaterländischen Frauenvereins anberaumt war. Der Konferenz wohnten  
auch der Landrath des Kreises Calbe, sowie der Bürgermeister und der  
Stadtvorsteher der Stadt Schönebeck bei. Nachdem Ihre  
Majestät geruht hatte, sich die anwesenden Damen und Herren vor-  
stellen zu lassen und huldreiche Worte an jeden Einzelnen zu richten,  
erklärte der Herr Oberpräsident von Patow einen ausführlichen Be-  
richt über das stattgehabte Unglück, schilderte die traurigen Zustände

in Schönebeck, Glinde, Bismarck und anderen Orten und erwähnte,  
daß zur Linderung der augenblicklichen Noth zunächst hauptsächlich ge-  
troffenen Maßregeln, bemerkte, daß der hiesige Vaterländische Frauenverein, ge-  
treu der ihm gestellten Aufgabe, ebenfalls sofort zusammengetreten sei, um  
helfend einzutreten, und daß sich hier aus den Reihen der königlichen und  
städtischen Behörden und den Vorstandsdamen des Vaterländischen Frauen-  
vereins ein Unterstützungsausschuß mit der Aufgabe gebildet habe, die hier-  
bering notwendig erachtete einheitliche Leitung der gesammelten Liebes-  
thätigkeit in die Hand zu nehmen, daß nach den bei jeder Gelegenheit ge-  
machtem Erfahrungen von der Opferthätigkeit Magdeburgs auf einen gün-  
stigen Erfolg zu rechnen sei, und daß sich auch an vielen anderen Orten  
Bereine gebildet hätten, die mit Sammlungen vorgehen würden.

Ihre Majestät sprach Ihre Befriedigung über die zunächst getroffenen  
Maßregeln aus, ließ sich von dem Herrn Bürgermeister Blüthgen aus Schöne-  
beck noch Einzelheiten über die stattgehabte Ueberschwemmung und über die  
Befürchtungen und Hoffnungen der Zukunft berichten und erklärte, daß es  
Ihren Wünschen entsprechen würde, wenn Sie eine Patenstelle bei dem  
Zwillingspaare übernehmen könne, von welchem eine durch die Ueberschwe-  
mung besonders hart betroffene Frau entbunden sei.

Nachdem der Bürgermeister Blüthgen für diesen Beweis hoher Gnade  
und die Frau Confistorial-Präsidentin Nöckchen als Vorsitzende des Vor-  
standes des hiesigen Vaterländischen Frauenvereins für die überlieferten 3000  
Mark unterthänig dankt hatten, sprach Ihre Majestät folgende Worte:

„Bei den verschiedensten Gelegenheiten habe ich es ja schon ausge-  
sprochen, daß es Aufgabe des Vaterländischen Frauenvereins ist, überall da  
zu helfen, wo Hilfe noth thut, und zu dem Zwecke mit anderen Kräften  
zusammen zu wirken. Dieses Zusammenwirken hat es auch hier ermög-  
licht, schon jetzt helfend einzutreten, eine Uebersicht über den stattgehabten  
Schaden zu gewinnen und ein Bild zu entrollen, wie das eben vernom-  
mene. Das gemeinschaftliche Band wird auch für die Zukunft Segen stüt-  
zen. Magdeburg und Umgebung, sowie die ganze Provinz Sachsen haben  
sich ja immer bewährt in guten und in bösen Tagen. Sie kennen die  
Vorteile, welche König Friedrich Wilhelm III. für Magdeburg gehabt hat.  
Sie ist uns als ein Vermächtniß überkommen. Wir empfinden das  
tief. Ich scheide mit den innigsten Wünschen für das fernere Gedeihen  
Ihrer Stadt und für ein fortgesetztes gegenseitiges Wirken des Vaterlän-  
dischen Frauenvereins. Der Landtag der Provinz Sachsen hat erst jüngst,  
wie Sie wissen, in freundschaftlicher Weise unserer gedacht. Ich habe schon  
anderweit dafür gebittet, lasse mir aber die durch meine heutige Anwesen-  
heit hier gebotene Gelegenheit nicht entgehen, dies hier nochmals auszu-  
sprechen.“

Darauf schloß Ihre Majestät die Konferenz, nachdem Sie ein vom Bür-  
germeister Blüthgen über die stattgehabte Verhandlung aufgenommenes Pro-  
tokoll eigenhändig unterschrieben hatte. Bevor Ihre Majestät den Versam-  
lungssaal verließ, ergriff der Oberbürgermeister Dasselbach das Wort und sprach:  
Wenn ich mich nicht täusche, so sind es beinahe zehn Jahre, daß Ihre  
Majestät einen Tag in Magdeburgs Mauern verweilt haben. Der Besuch  
hat auch damals den Zweck gehabt, Schmerzen und Noth zu lindern. Es  
galt den unglücklichen Verwundeten in den Lazarethen. Jetzt ist es wieder  
eine traurige Veranlassung, die Ihre Majestät hierher geführt hat. Aber  
sie hat Ihrer Majestät von Neuem Gelegenheit gegeben, Ihr theilnehmen-  
des und wohlwollendes Herz zu betheiligen. Die Stadt Magdeburg fühlt  
sich durch den Besuch hoch geehrt und beglückt. Namens derselben erlaube  
ich mir für den Besuch unsern unterthänigsten Dank auszusprechen und  
erwarte die Anwesenenden, sich mit mir in dem Hause zu vereinigen: Ihre  
Majestät die Kaiserin, unsere Königin, lebe hoch!“

Die Anwesenden stimmten in dieses Hoch begeistert ein. Um 1 Uhr 8 Min.  
verließ Ihre Majestät unsere Stadt wieder, um auf demselben Wege, auf  
welchem sie gekommen, begleitet von den Segenswünschen der hiesigen Be-  
völkerung und nachdem sie wiederholt ihre Befriedigung über Alles, was sie  
hier gesehen und gehört hatte, zu erkennen gegeben, nach Berlin zurück-  
zukehren.

## Rußland.

St. Petersburg, 24. Februar. [Großfürstin Maria  
Nikolajewna. — Der „Golos“ über die Sachlage im  
Orient und Wesselsky's Brief. — Sibirische Bahn  
und Perm.] Der Tod der Großfürstin Maria Nikolajewna, obwohl  
bei der Natur ihrer Krankheit lange schon vorauszu sehen, hat dennoch  
alle Kreise erschüttert. Die Großfürstin erfreute sich hter stets einer  
großen Popularität: sie war in Petersburg geboren, in Petersburg  
vermählt und man betrachtete sie stets als einen integrierenden Theil  
der hiesigen Gesellschaft. Als sie ihr Ende herannahen fühlte, kam  
sie auch so zu sagen mit der letzten Kraft, die ihr übrig blieb, aus  
Italien hierher zurück, um in ihrer Heimath zu sterben. Dabei hatte  
die Großfürstin eine Richtung des Geistes, welche sie mit den Ver-  
tretern der Intelligenz in immerwährende Berührungen brachte. Ein  
außerordentlicher Kunstsin, verbunden mit praktischem Verstande, bot  
bei ihrer Stellung im Kaiserhause ihr die Möglichkeit, in Bezug auf  
die Entwicklung der Kunstakademie, der russischen Malerei, Sculptur  
und Zeichnungskunst in nachfolgender Weise anregend zu wirken. Ihre  
Förderung erstreckte sich dabei auch auf das Kunsthandwerk, das tech-  
nische Zeichnen, das Musterzeichnen für die Gewerbe, sowie auch auf  
eine Anzahl Werke der Wohlthätigkeit außerhalb der Kunstspähre.  
Sie hatte eine seltenes Geschick, alle Sachen, die sie vornahm, von  
der praktischsten Seite aufzufassen; dabei rühmte man von je, daß  
keinerlei mißgünstige Insinuation ihr selbstständiges Urtheil über Per-  
sonen, die sie schätzen gelernt, beeinträchtigen konnte. — Der „Golos“  
brachte in diesen Tagen die Denkschrift des Delegaten des internati-  
onalen Hilfscomités, Herrn Wesselsky-Boschidarowitsch, welcher die  
Sachlage in der Herzegowina, Montenegro und Dalmatien vier Monate  
hindurch beobachtet hat. Nach dieser Denkschrift steht der Diplomate  
noch eine schwere Arbeit bevor, um die Insurgenten zur Niederlegung  
der Waffen zu bewegen. Es treten nämlich folgende Umstände immer  
mehr ans Tageslicht: 1) die Flucht der Christen aus dem türkischen  
Gebiete nimmt immer mehr zu — trotz der neuesten Gnadenver-  
heißungen des Sultans — wodurch den Nachbarländern eine immer  
schwerere Calamität erwächst; 2) die Insurgenten erhalten Zuzug von  
Leuten, welche sich durchaus nicht in derselben Lage, wie sie befinden,  
sondern Revolution machen wollen und Abenteuer suchen; 3) es treten  
zu den Insurgenten auch katholische Christen und sogar Russen  
hinzu, welche der türkischen Administration nicht mehr recht  
trauen; 4) die Insurgenten fangen an, sich zu disciplinieren, während  
sie der türkischen strategischen Ueberlegenheit bisher nur ihre Local-  
kenntnis entgegen zu setzen hatten; 5) die Grenze von Montenegro ist so  
zerklüftet, daß die ganze cernagorische Armee zu ihrer Bewachung  
nicht ausreicht. — Danach glaubt Wesselsky an das Vorhandensein  
einer großen Gefahr im Verzuge, wenn die Insurgenten nicht baldigst  
durch zweckmäßige Maßregeln beruhigt wurden. Als solche zweck-  
mäßige Auskunftsmitel empfiehlt er dreierlei, nämlich entweder: 1)  
Herzegowina an Montenegro abzutreten (was er jedoch für  
precar und schwer ausführbar hält), oder: 2) aus Herzegowina  
ein besonderes türkisches Vasallen-Fürstenthum zu machen, oder  
endlich: 3) Herzegowina mit Montenegro durch Personal-  
union zu verbinden, also daß jedes getrennt verwaltet wird. —  
Der „Golos“ findet diese Denkschrift sehr beherzigenswerth und glaubt  
sogar, daß zwischen den Vorschlägen des Grafen Andrassy und ihr  
nicht unbedingt Widerspruch obwalte. Er verweist auf die von dem  
Grafen Andrassy vorgeschlagene gemischte Commission, welche  
die Autonomie Herzegowinas anbahnen und einleiten soll, und in  
Bezug auf die türkischen Militär- und Civilbeamten eine gewisse ad-  
ministrative Selbstständigkeit genießen muß. Der „Golos“ glaubt  
nun, daß zwischen den Vorschlägen des Grafen Andrassy und der  
Denkschrift Wesselsky's ein Berührungspunkt sich bieten würde, wenn  
man den Fürsten Nikolas von Montenegro an die Spitze der er-  
wähnten gemischten Commission berufen wollte. — Man hat in Be-  
zug auf die zu erwartende Rentabilität der sibirischen Bahn die Pro-  
ductivität des südwestlichen Theils von Sibirien (namentlich des

Gouvernements Tomsk und des südlichen Theils von Tobolsk) in An-  
schlag gebracht. Es müssen aber auch die Reichthümer des Gouver-  
nements Perm berücksichtigt werden. Nach den Ausweisen des statisti-  
schen Central-Comités im Ministerium des Innern ist das Gouver-  
nement Perm ein außerordentlich reiches und productives. Man hat  
von 1746 bis 1870 dort nicht weniger als 11,608 Pud Gold ge-  
wonnen im Gesamtwert von 189 Millionen Rubel. Platina wird  
im Permischen alljährlich circa 109 Pud (4360 Pfund) gewonnen,  
Kupfer jährlich über 173,000 Pud, Gußeisen über 10,000,000 Pud,  
woraus jährlich noch eine große Quantität Stahl fabricirt wird. Der  
Kreis Solikamsk zeichnet sich außerdem durch große Salzproduction  
aus, er liefert jährlich 10 Millionen Pud Salz und versorgt damit  
das ganze östliche und innere Rußland. In den Kreisen Katharinen-  
burg und Werchoturje finden sich seltene Mineralien, Kohlen giebt es  
auf beiden Seiten des Ural. Auch die Flußschiffahrt ist bedeutend,  
im Jahre 1871 wurden auf den permischen Flüssen 22 Millionen  
Pud verladen und verschifft und zwar 15½ Millionen Pud auf der  
Kama und 6½ Millionen Pud auf der Tschusowaja. Die Mortali-  
tätstabellen weisen übrigens für das Gouvernement Perm im Decem-  
ber das allergünstigste, im Juli und August das ungünstigste Re-  
sultat nach.

## Provincial-Beitung.

d. Breslau, 2. März. [Bezirksverein des südwestlichen  
Theiles der Schweidnitzer Vorstadt.] Die am 1. März abgehaltene  
und zahlreich besuchte Versammlung eröffnete der Vorsitzende, Herr Mart-  
feldt, mit der Mittheilung eines Antwortschreibens des Magistrats auf eine  
Petition des Vereins, betreffend die Schneefahrt hinter dem Eisenbahn-  
Damm an der Gräbichener Gasse. Darin erklärt Magistrat, daß nach  
Anführung der Magistrats-Deputation seiner Ansicht nach durch den zu Schne-  
abfuhrplatz der Friedrichstraße mehr Grundwasser nicht zugeführt werde  
und, da bei dem im Allgemeinen großen Mangel an Schneefahrtelagen in  
jener Gegend kein anderer geeigneter Platz vorhanden sei, er zu seinem Be-  
dauern dem Wunsche des Bezirksvereins nicht entsprechen könne. Dem-  
gegenüber wurde von mehreren Rednern darauf hingewiesen, der Schnee  
könnte ja der Oder zugeführt werden. — Maurermeister und Stadtverord-  
neter Ehrlich referirte demnach über das Pferde-Eisenbahn-Projekt, woran  
sich eine Debatte knüpfte. — Bereits in der letzten Sitzung war der Verein  
in Verhandlung darüber eingetreten, ob es nicht im Bereich der Möglichkeit  
liege, den ehemaligen Uebergang am Schweizerdamm über den Bahndörper  
der Freiburger Eisenbahn durch eine Ueber- oder Unterführung wiederzu-  
erlangen. Baumeister Rieselich legte nun in der gestrigen Versammlung  
in ausführlicher Weise die Geschichte dieses Weges dar und rath von wei-  
teren Schritten behufs Wiedererlangung dieses Weges ab, weil sie seiner An-  
sicht nach durchaus nutzlos sein würden. — Die Pflasterung der Trinitas-  
straße bildete den nächsten Gegenstand der Besprechung. Herr Winter  
bemerkte, daß sich der Magistrat bei Anlegung der Straße gegen die unent-  
geltliche Abtretung des Straßenplanums bereits zur Pflasterung dieser  
Straße verpflichtet habe. Diese Verpflichtung habe er jedoch trotz der  
schreiendsten Uebelstände bisher nicht erfüllt. Noch andere Redner schilderten  
den Zustand dieser Straße als ganz absehnlich. Es wurde beschlossen, den  
Magistrat zu eruchen, die Straße seiner Verpflichtung gemäß schleunigst  
pflastern zu lassen, zugleich aber auch dem Polizei-Präsidium darzulegen, daß  
der Zustand dieser Straße in sanitärem Interesse nicht länger zu dulden sei.  
— Die Erledigung des Fragestuhls mußte wegen vorgerückter Zeit für  
nächste Sitzung verschoben werden.

d. Breslau, 2. März. [Vorschußverein des Breslauer Land-  
kreises.] Heute Vormittag, 11 Uhr, fand im Hotel de Silesie unter  
Leitung des Vorsitzenden des Aufsichtsraths, Gutsbesitzer Lieutenant Mün-  
der, die Generalversammlung statt. Zunächst stand die Wahl von vier  
neuen Aufsichtsratsmitgliedern auf der Tagesordnung. Es wurden gewählt:  
Gutsbesitzer Scholz (Dargow), Gutsbesitzer Kleve (Koschnitz), Particular  
Magniers (Breslau) und Gutsbesitzer Diemann (Mitschdorf). Als  
neues Vorstandsmitglied wurde Particular Lieutenant Franke (Breslau)  
gewählt. Demnach wurde vom Kassirer, Kaufmann Kuppel (Breslau)  
der Geschäftsbericht vorgelesen. Wir entnehmen demselben folgende Mit-  
theilungen: Am Schluß des vergangenen Jahres betrug die Zahl der Mit-  
glieder 186. Dieselben hatten ein Guthaben von rund 30,553 M. Die auf-  
genommenen Capitalien beliefen sich auf 157,544 M., die Sperranlagen  
auf 63,474 M. Vorschüsse standen aus am 1. Januar 1875: 225,190 M.,  
neue Vorschüsse und Prolongationen wurden gewährt 961,525 M., hiervon  
wurden zurückgezahlt 931,025 M., so daß am 1. Januar 1876 Vorschüsse  
ausstünden 255,690 M. Das Umlaufkonto bleibt mit 255 M. belastet.  
Der Zinsenüberschuß im vergangenen Jahre betrug 4621 M. Nach Abzug  
der Verwaltungskosten mit 1932 M. zc. verbleibt ein Reingewinn von 2689  
Mark, welcher vollständig dem Reservefonds zufließen soll. Der Reservefonds  
beträgt nunmehr 8277 M. Einnahme und Ausgabe balancieren in Höhe von  
1,952,809 M., die Activa und Passiva begeben sich in Höhe von 260,385  
Mark. Die Zuweisung des ganzen Reingewinns zum Reservefonds moti-  
virt der Vorstand damit, daß ein Mitglied den Verein in glücklicher Weise  
betrogen hat, indem dasselbe einen Wechsel von 4800 M. beim Verein dis-  
contirt und die Unterschrift des Bürgen gefälscht hat. Der Betreffende ist  
bereits flüchtig geworden und über sein Vermögen der Concurs eröffnet.  
Außerdem trifft den Verein noch ein voraussichtlicher Verlust von 1500 M.  
durch Zahlungsunfähigkeit der Verpflichteten. Die Generalversammlung  
erklärte sich einstimmig dafür, den gesamten Reingewinn dem Reservefonds  
zuzuführen. Da die Revision an der Geschäfts- und Kassensführung nichts  
zu erinnern gefunden hatte, wurde dem Vorstande von der Generalversam-  
lung Decharge ertheilt.

[Notizen aus der Provinz.] \* Görlitz. Die „Nied. Ztg.“ schreibt:  
Die Erhaltung des Herrn Generalfeldmarschalls v. Steinmeyer ist nicht so  
bedeutend, als der erste Bericht darüber annehmen ließ. Allerdings hat sich  
der Herr Generalfeldmarschall, der bei seiner seltenen Rüstigkeit wenig auf  
seine Jahre Rücksicht zu nehmen pflegt, stark erkältet; es ist aber zu hoffen,  
daß seine gute Natur nach einiger Zeit der Schonung und Pflege den Anfall  
hald überwinden haben wird. Uebrigens hat sich Se. Majestät der Kaiser  
theilnehmend nach dem Befinden seines verdienten Generals erkundigt und  
besohlen, ihm darüber von Zeit zu Zeit Bericht zu erstatten.

\* Bautzen O/S. Die hiesigen Blätter melden: Sonnabend voriger  
Woche ist die Verurtheilung gegen Vincent Elias und Genossen geschlossen  
und sind die Acten bereits der Ober-Staatsanwaltschaft überliefert worden.  
Verschiedene Personen, welche während der Verurtheilung als verdächtig  
eingesogen waren, konnten bereits vor dem Schluß der Untersuchung ent-  
lassen werden. Man kann annehmen, daß die Anlage gegen Elias und Ge-  
nossen, wenn auch nicht in der nächsten 3. Schwurgerichtsperiode, so doch im  
Mai zur Verhandlung kommen wird.

\* Rastdorf. Der „Oberischles. Anz.“ meldet: An unsere kürzliche Notiz  
bezüglich eines Seitens der Herren Gebrüder Sobid in der Nähe von  
Reichsdorf gemachten Steintohlenfundes knüpfen wir noch folgende  
interessante Mittheilungen an. Die am 25. v. M. begonnene Ausgrabung  
wurde in Gegenwart des kaiserl. Bergmeisters Niederstein am nächsten Tage  
fortgesetzt, und durch dieselben zunächst ein Stöck von 94 Zoll Mächtigkeit  
constatirt. Man ist demnach auf Erdschichten gestoßen, die ihrer Beschaffen-  
heit nach die Vermuthung ausprägen, daß man in weiterer Tiefe noch  
fernere Steintohlenlager antreffen dürfte; die Bohrungen sind daher bereits  
wieder in Angriff genommen.

## Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 2. März. Die Kaiserin ist heute Abend nach England  
abgereist. — Sella ist nach Rom zurückgekehrt. — Die Dur-Boden-  
bacher General-Versammlung ermächtigte den Verwaltungsrath, seine  
Bemühungen wegen der Gelddarstellung eventuell durch Schaffung  
von Prioritäten unter Reduction von Stammactien fortzusetzen. — Die  
„Presse“ dementirt authentisch sehr entschieden die Gerüchte über einen  
Conflict im Verwaltungsrathe der Staatsbahn speciell den Rücktritt  
des Präsidenten Wodianer. Die Dividendenziffer ist noch nicht definit-  
tiv, jedenfalls unter 40, und die Inanspruchnahme des Reservefonds  
ist ausgeschlossen.

Paris, 2. März. Wie der „Agence Havas“ aus Ragusa ge-



meldet wird, hat sich der Gouverneur von Dalmatien, General Rodich, nach Cetinje begeben.

**Madeira, 1. März.** Das hier eingetroffene Schiff „Edinburgh Castle“ bringt aus der Capstadt die Nachricht mit, daß die Schiffe „Albert“ und „Memento“ bei Cap London gestrandet, die Mannschaften der Schiffe aber gerettet sind. Das Schiff „Edinburgh“ scheiterte in der Algoa-Bay.

**London, 2. März.** Dem Vernehmen nach wird anlässlich des fortwährenden Fallens der Silberpreise demnächst eine parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt werden, welche sich mit der Feststellung der Ursachen und der wahrscheinlichen Folge dieser Thatsache beschäftigen wird.

**Dukareff, 2. März.** Die Deputiertenkammer hat sich mit den vorgeschlagenen Änderungen des Zolltarifs einverstanden erklärt. — Basil Boereff hat seine Stelle als Vizepräsident der Kammer niedergelegt.

**Newyork, 1. März.** Die Staatschuld der Vereinigten Staaten hat sich im Monat Februar d. J. um 3,273,000 Doll. vermindert. Im Staatshaushalt befanden sich Ende Februar 70,036,000 Doll. in Gold und 9,529,000 Doll. in Papier.

(Aus L. Girisch's Telegraphen-Bureau.)

**Hamburg, 2. März.** Die Generalversammlung der Anglo-Bank nahm den Antrag auf Capitalreducirung an.

**Wien, 2. März.** Das „Neue W. Tagblatt“ veröffentlicht einen Appell der Herzogin von Jurgentzen an die europäischen Mächte. In demselben wird die Fortsetzung des Kampfes angekündigt und die sichere Erwartung ausgesprochen, daß Rußland der Weisheit der Slavischen und fernöstlichen Freiheit sein werde und auch Deutschland die Unabhängigkeit der Herzogin fordern werde.

**Wien, 2. März.** Die Zahlungseinforderung der Dur-Bodenbacher Bahn ist hauptsächlich dadurch herbeigeführt worden, daß die Firma Kramer-Klett in Nürnberg auf pünktliche Zahlung ihrer Forderung bestand.

**Rom, 2. März.** Der österreichisch-italienische Handelsvertrag, welcher im Juni d. J. abzulaufen sollte, bleibt vorläufig noch 1 Jahr in Wirksamkeit.

### Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegraphen-Bureau.)

**Frankfurt a. M., 2. März, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Schlußcourse.]** Londoner Wechsel 204, 65. Pariser Wechsel 81, 30. Wiener Wechsel 177, 15. Böhm. Wechsel 161. Elisabethbahn 142%. Galizier 170%. Franzosen 251. Lombarden 251%. Nordwestbahn 123%. Silberrente 64%. Papierrente 60%. Russische Bodenrente 85%. Russen 1872 99%. Amerikaner 1885 101. 1880er Loose 114%. 1884er Loose —. Creditactien 155. Deft. Nationalbank 784, 00. Darmstädter Bank 111. Berliner Bankverein 79%. Frankfurter Wechselbank 77%. Oester.-deutsche Bank 90%. Meininger Bank 76%. Hessische Ludwigsb. 100%. Oesterreich. 72%. Ungar. Staatsf. 164, 80. Ungar. Schatzanweisungen, alte 93%. dto. neue 92%. Oest. Oöb.-Obligat. II. 65%. Central-Pacific 92%. Reichsbank 153%. Köln-Mindener Loose —. Bayerische Prämien-Anleihe —. Badische Prämien-Anleihe —. Badische Loose —. Braunschweiger —. Still. Internationale Speculationswerte schwach.

\*) Per medio resp. per ultimo.  
Nach Schluß der Börse: Felt. Credit-Actien 155%, Franzosen 251%, Lombarden 251%, Galizier 171%, Reichsbank 159%.

Die Eintragung der Capitalreducirung der Meininger Bank in das Handels-Register, welcher anfänglich nicht stattgegeben worden war, ist nachträglich bewilligt worden.

**Hamburg, 2. März, Nachmittags. [Schluß-Course.]** Hamburger St.-B. 116%, Silberrente 64%. Credit-Actien 155%, Nordwestbahn —, 1880er Loose 115%, Franz. 626%, Lombarden 254, Ital. Rente 71%, Vereinsbank 118%, Laurahütte 60, Commerzbank 89, do. II. Emiffion —, Provinzial-Disconto —, Norddeutsche 128%, Anglo-deutsche 56%, Internationale Bank 87%, Amerikaner d. 1885 96%, Köln-Mindener St.-B. 102%, Rheinische Eisenbahn do. 118, Bergisch-Märkische do. 83%, Disconto 3 pCt. —. Bismarck fest.

**Hamburg, 2. März, Nachmittags. [Getreidemarkt.]** Weizen loco still, auf Termine fest. Roggen loco still, auf Termine ruhig. Weizen pr. März 199%, pr. März 188%, do. pr. Mai-Juni pr. 100 Rilo 203 Rr., 202 Rr. Roggen pr. März 145 Rr., 144 Rr. do. pr. Mai-Juni pr. 100 Rilo 147 Rr., 145 Rr. —. Hafer loco —. Gerste loco —. Hafer loco 67, pr. Mai 64%, pr. Octbr. pr. 200 Pfd. 64. Spiritus loco, pr. März 34%, pr. April-Mai 35, pr. Juni-Juli 26, pr. Juli-August pr. 100 Liter 100% 36%, —. Raffee ruhig, Umsatz 4000 Sack. —. Petroleum ruhig, Standard white loco 12, 20 Rr., 12, 00 Rr., pr. März 12, 00 Rr., pr. August-December 12, 00 Rr. —. Wetter: Veränderlich.

**Liverpool, 2. März, Vormittags. [Baumwolle.]** (Anfangsbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 B. Fester. Middl. Orleans 6%, middl. amerikanische 6%, fair Dholera 4%, middl. fair Dholera 3%, good middl. Dholera 3%, middl. Dholera 3%, fair Dholera 4, good fair Dholera 4%, new fair Dholera 4%, good fair Dholera 4%, fair Dholera 4%, fair Bernam 6%, fair Smyrna 6%, fair Egyptian 6%.

**Liverpool, 2. März, Nachmittags. [Baumwolle.]** (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 B. Fester. Middl. Orleans 6%, middl. amerikanische 6%, fair Dholera 4%, middl. fair Dholera 3%, good middl. Dholera 3%, middl. Dholera 3%, fair Dholera 4, good fair Dholera 4%, new fair Dholera 4%, good fair Dholera 4%, fair Dholera 4%, fair Bernam 6%, fair Smyrna 6%, fair Egyptian 6%.

**Antwerpen, 2. März, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.]** (Schlußbericht.) Weizen behauptet. Roggen fest. Hafer stetig. Gerste behauptet.

**Antwerpen, 2. März, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum- und Kohlenmarkt.]** (Schlußbericht.) Raffinirtes, rothe weiß, loco 29% bez. u. Br., pr. März 28% bez., 29 Rr., pr. April 29 Rr., pr. September 30 Rr., pr. September-December 30% Rr. Ruhig.

**Bremen, 2. März, Nachmittags. [Petroleum- und Kohlenmarkt.]** (Schlußbericht.) Standard white loco 11, 60 bez., pr. März 11, 60 bez., pr. April-Mai 11, 60, pr. August-September —, pr. Sept.-October 12, 25 bez. Ruhig.

**Bremen, 2. März, Nachmittags. [Petroleum- und Kohlenmarkt.]** (Schlußbericht.) Standard white loco 11, 60 bez., pr. März 11, 60 bez., pr. April-Mai 11, 60, pr. August-September —, pr. Sept.-October 12, 25 bez. Ruhig.

**Bremen, 2. März, Nachmittags. [Petroleum- und Kohlenmarkt.]** (Schlußbericht.) Standard white loco 11, 60 bez., pr. März 11, 60 bez., pr. April-Mai 11, 60, pr. August-September —, pr. Sept.-October 12, 25 bez. Ruhig.

**Bremen, 2. März, Nachmittags. [Petroleum- und Kohlenmarkt.]** (Schlußbericht.) Standard white loco 11, 60 bez., pr. März 11, 60 bez., pr. April-Mai 11, 60, pr. August-September —, pr. Sept.-October 12, 25 bez. Ruhig.

**Bremen, 2. März, Nachmittags. [Petroleum- und Kohlenmarkt.]** (Schlußbericht.) Standard white loco 11, 60 bez., pr. März 11, 60 bez., pr. April-Mai 11, 60, pr. August-September —, pr. Sept.-October 12, 25 bez. Ruhig.

**Bremen, 2. März, Nachmittags. [Petroleum- und Kohlenmarkt.]** (Schlußbericht.) Standard white loco 11, 60 bez., pr. März 11, 60 bez., pr. April-Mai 11, 60, pr. August-September —, pr. Sept.-October 12, 25 bez. Ruhig.

**Bremen, 2. März, Nachmittags. [Petroleum- und Kohlenmarkt.]** (Schlußbericht.) Standard white loco 11, 60 bez., pr. März 11, 60 bez., pr. April-Mai 11, 60, pr. August-September —, pr. Sept.-October 12, 25 bez. Ruhig.

**Bremen, 2. März, Nachmittags. [Petroleum- und Kohlenmarkt.]** (Schlußbericht.) Standard white loco 11, 60 bez., pr. März 11, 60 bez., pr. April-Mai 11, 60, pr. August-September —, pr. Sept.-October 12, 25 bez. Ruhig.

**Bremen, 2. März, Nachmittags. [Petroleum- und Kohlenmarkt.]** (Schlußbericht.) Standard white loco 11, 60 bez., pr. März 11, 60 bez., pr. April-Mai 11, 60, pr. August-September —, pr. Sept.-October 12, 25 bez. Ruhig.

**Bremen, 2. März, Nachmittags. [Petroleum- und Kohlenmarkt.]** (Schlußbericht.) Standard white loco 11, 60 bez., pr. März 11, 60 bez., pr. April-Mai 11, 60, pr. August-September —, pr. Sept.-October 12, 25 bez. Ruhig.

**Bremen, 2. März, Nachmittags. [Petroleum- und Kohlenmarkt.]** (Schlußbericht.) Standard white loco 11, 60 bez., pr. März 11, 60 bez., pr. April-Mai 11, 60, pr. August-September —, pr. Sept.-October 12, 25 bez. Ruhig.

an, Hamburger Commerzbank gesucht. Gewerbetreibender Schauer malt. In- und Exportpapiere nicht unbelebt. Brauereieractien meist beliebt und steigend. Charlottenburger Pferdebank gefragt. Viehhof niedriger und offerirt. Südband makt. Erdmannsdorf höher, Centralstraße begehrt. Deutsche Eisenbahn und Centralactoren steigend. Halleische Maschinen und Freund besser. Oberschles. Eisenbahnbedarfs ging zu höherem Course ziemlich lebhaft um. Löwe zog an. Westfälische Drahtindustrie beliebt. Märkisch-Westf. und Königs Wilhelms anziehend. Harpener steigend. Centrum höher, Hibernia zu gestriger Notiz lebhaft. Bochumer niedriger, auch Barnowitzer und Massener nachgebend. Louise makt. — Um 2½ Uhr: Tendenz fest. Credit-Actien 311½, Lombarden 187½, Franzosen 503½, Reichsbank 159½, Disconto-Commandit 127½, Dortmunder Union 10,60, Laurahütte 60½, Köln-Mindener 102½, Rheinische 118, Bergische 83½, Rumänien 27½. (Bant. u. S.-Ztg.)

**London, 2. März.** Bei der gestrigen Wollauktion war australische Creasy fest, Philip fleece scoured williger.

**Berlin, 2. März. [Productenbericht.]** Bei Beginn des Marktes fehlte es an Verkäufern von Roggen auf Termine, später war das Angebot reichlicher und verdrängte die anfängliche Festigkeit vollständig. Waare ist schwach offerirt und verkaufte sich zu festen Preisen bequem. — Roggenmehl makt. — Weizen festes etwas höher ein, ermatete jedoch wieder, nachdem die Kaufkraft sich befriedigt hatte. — Hafer loco recht makt. Termine hingegen sind eine Kleinigkeit besser bezahlt worden. — Rüböl etwas fester, doch in beschränktem Verkehr. — Spiritus sehr lustlos, Preise haben sich indeß behauptet.

Weizen loco 175—213 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, weißer märkischer 175 M. ab Bahn bez., gelber medlenburger — M. bez., gelber märkischer 192 M. ab Bahn bez., weißbunter polnischer — M. ab Bahn, ordinar gelb rumänischer — M. bez., pr. Februar-März — M. bez., pr. April-Mai 195—194 M. bez., pr. Mai-Juni 198½—198 M. bez., pr. Juni-Juli 202 M. bez., pr. Juli-August 205½—205 M. bez., pr. September-October 208 M. bez. — Gefündigt — Ctr. Ründigungspreis — M. — Roggen loco 148—159 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, russischer 149—150 M. bez., polnischer 151—152 M. bez., inländischer 155—158 M. ab Bahn bez., pr. Februar-März — M. bez., pr. April-Mai 150—149 M. bez., pr. Mai-Juni 149—148 M. bez., pr. Juni-Juli 149 M. bez., pr. Juli-August 150 M. bez., pr. September-October 150 M. bez. — Gefündigt — Ctr. Ründigungspreis — M. — Gerste loco 132—182 M. nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Rilo loco 135—182 M. nach Qualität gefordert, ostpreussischer 150 bis 173 M. weißpreussischer 150—173 M., russischer 150—173 M., pommerischer 170—176 M. bez., medlenburger 170—176 M. bez., böhmischer 170 bis 176 M. ab Bahn bez., pr. Februar-März — M. bez., pr. April-Mai 161 bis 161½—161 M. bez., pr. Mai-Juni 162 M. bez., pr. Juni-Juli 163 M. bez. — Gefündigt — Ctr. Ründigungspreis — M. — Erbsen: Rothwaare 172—210 M., Futterwaare 165—170 M. — Weizenmehl pr. 100 Rilo Br. unbenutzt incl. End Rr. 0: 27,00—26,00 M. bez., Rr. 00: — M. bez., Rr. 0 und 1: 25,50—24,00 M. bez. — Roggenmehl Rr. 0: 23,50—22,00 M. bez., Rr. 0 und 1: 21,00—19,50 M. bez. — Roggenmehl Rr. 0 und 1: pr. Februar-März 20,8 M. bez., pr. März-April 20,70 M. bez., pr. April-Mai 20,85 M. bez., pr. Mai-Juni 20,90 M. bez., pr. Juni-Juli 21 M. bez., pr. Juli-August 21 M. bez., pr. August-September — M. bez. — Gefündigt — Ctr. Ründigungspreis — M. — Delfaaten: Raps — M., Rüböl — M. nach Qualität bez. — Rüböl per 100 Rilo loco ohne Fass 62,2 M. bez., mit Fass — M. bez., pr. Februar-März 62,8 M. bez., pr. April-Mai 63—63,2 M. bez., pr. Mai-Juni 63,4—5—3 M. bez., pr. Juni-Juli — M. bez., pr. Juli-August — M. bez., pr. August-September — M. bez., pr. September-October 63,6—8—5 M. bez. — Gefündigt 600 Ctr. Ründigungspreis 63 M. — Leinöl loco 58 M. bez. — Petroleum loco 28 M. bez., pr. 100 Rilo incl. Fass, pr. Februar-März — M. bez. Abgelaufene Anmeldungen — M. bez., pr. April-Mai — M. bez., pr. Septbr.-October 25,2 M. bez. — Gefündigt — Ctr. Ründigungspreis — M.

Spiritus per 10,000 Liter loco „ohne Fass“ 44 M. bez., „mit Fass“ — M. bez., pr. Februar-März 44,9—7 M. bez., pr. März-April 44,9—7 M. bez., pr. April-Mai 45,8—5 M. bez., pr. Mai-Juni 46,2—45,9—46 M. bez., pr. Juni-Juli 47,4—2 M. bez., pr. Juli-August 48,9—7 M. bez., pr. August-September 50—49,7—49,8 M. bez., pr. October-November — M. bez. — Gefündigt 20,000 Liter. Ründigungspreis 44,8 M.

**Breslau, 3. März, 9½ Uhr Vorm.** Der Geschäftverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen schleppend, bei stärkerem Angebot und unbedingtem Preisen.

Weizen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. schlechtester weißer 15,70 bis 18,00—19,50 Mark, gelber 15,50—16,75—18,50 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in gedrückter Stimmung, pr. 100 Kilogr. 13,80—14,50—16,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste schwerer veräußert, pr. 100 Kilogr. 12,50—14,50 bis 15,50 Mark, weisse 16,00—17,00 Mark.

Hafer gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 15,00—16,30—17,60 Mark, feinsten über Notiz.

Weizen gut veräußert, pr. 100 Kilogr. 11,00 bis 12,50 Mark. Erbsen gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 17—18—20,50 Mark.

Bohnen gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 14,80—15,80—16,50 M. Lupinen, nur feine trockene Qualitäten beachtet, pr. 100 Kilogr. gelbe 9,60—11,30 Mark, blaue 9,50—11,40 Mark.

Weizen loco gefragt, pr. 100 Kilogr. 17,50—18,50—20,00 Mark. Delfaaten ohne Umsatz.

Schlacklein makt.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinfaat . . . 27 — 25 — 22 25

Winterraps . . . 30 — 29 — 28 —

Winterrüben . . . 29 — 28 — 26 —

Sommerrüben . . . 30 25 28 25 27 50

Leinbottel . . . 26 — 25 — 24 —

Rapsstücken makt, pr. 50 Kilogr. 7,30—7,60 Mark.

Leinbotteln ohne Veränderung, pr. 50 Kilogr. 9,20—9,70 Mark.

Kleeftamen in ruhiger Haltung, rother makt, pr. 50 Kilogr. 55—60 bis 62—67 Mark, weißer unbedändert, pr. 50 Kilogr. 75—79—86—90 Mark.

bockseiner über Notiz.

Thymothee mehr offerirt, pr. 50 Kilogr. 30—32—34 Mark.

Wehl in makt Haltung, pr. 100 Mgr. Weizen fein alt 29,25—30,25 Mark, neu 25,50—26,25 Mark, Roggen fein 25,50—26,50 Mark, Haubaden 24,25—25,25 Mark, Roggen-Futtermehl 10—11 Mark, Weizenkleie 8 bis 8,75 Mark.

**Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.**

März 2. 3. Nachm. 2 U. Abds. 10 U. Morg. 6 U.

Luftdruck bei 0° . . . 330°/31 330°/98 330°/96

Luftwärme . . . + 5,7 + 4,1 + 1,5

Donnerdruck . . . 2°/55 2°/21 1°/87

Dunstfäthigung . . . 77 pCt. 77 pCt. 82 pCt.

Wind . . . W. 3 W. 3 NW. 1

Wetter . . . bedeckt. wolfig. heiter.

**Breslau, 3. März. [Wetterstand.]** D. 2. 6 Rr. — Sm. 11. 2. 2. 90 q.

### Bermischtes.

[„Sep! Sep!“] Dieses Schmähwort gegen die Juden hat schon so Mancher gehört, ohne daß ihm die Abstammung desselben bekannt war. Es stammt aus der Zeit des ersten Kreuzzuges. Am Rhein, namentlich am linken Ufer desselben, scharte sich eine Wägerebande zur Verfolgung der Juden. Unter dem Rufe: „Gott will es haben!“ erschlugen die wilden Vorden die unglücklichen Unwobner zu Tausenden, eigneten sich ihre Güter an und verübten die abscheulichsten Gräucl. Auf der Fahne, die ihnen vorangetragen wurde, stand ein Kreuz mit der durch die Anfangsbuchstaben H. E. P. angebeuteten Inschrift: „Hierosolyma est perdita“ (Jerusalem ist verloren), woraus die des Lateins unfundigen Vanden ihr Feldgeschrei „Sep! Sep!“ machten. Zur hohen Genugthuung der „Germania“ hat sich dieser wohlwollende Kampf bis auf den heutigen Tag erhalten.

[Aphorismen über die Frauen.] Ward ein Mädchen, das Dir Liebe schenkt, die Frau eines Andern, so giebt es dafür nur einen Trost: daß sie nicht die Deine geworden. — Bei Männern und bei Frauen sehen Viele nur auf die Ausstattung. — Man mag eine Frau verloben, wenn sie sich ihrer Stärke rühmt, aber man ist verloren, wenn sie anfängt, sich auf ihre Schwäche zu berufen. — Um Weibern zu gefallen, ist bisweilen nichts weiter nöthig, als daß man sie begehrt. — Die Frauen beifien jedenfalls immer so viel Verstand, wie nöthig ist, um ihn den Männern zu rauben! — Jede Erklärung ihrer Anbeten heilen die Frauen durch die Waffertur ihrer Bräunen. — Es schadet nichts, wenn man einer Frau gegenüber tausend Mal Unrecht hat, aber gefährlich ist es, wenn man ein einziges Mal Recht hat!

## Berliner Börse vom 2. März 1876.

Wechsel-Course.		Eisenbahn-Stamm-Actien.	
Amsterd. 100 Fl.	8 T. 3 163,45 bz	Divid. pro 1874	1875 ZL
do. do.	2 M. 3 168,66 bz	Aach. Mastricht	1 — 4 25,30 bz G
London 1 Ltr.	3 M. 4 20,30 3/4 bz	Berg-Märkische	3 — 4 83,75 bz
Paris 100 Frs.	8 T. 4 81,43 bz	Berlin-Anhalt	3 — 4 135,75 bz
Petersburg 100 Rbl.	3 M. 6 261,50 bz	Berlin-Dresdner	3 — 4 29,00 bz
Warschau 100 Rbl.	8 T. 6 264,20 bz	Berlin-Görlitz	0 — 4 39,50-49,50 bz
Wien 100 Fl.	8 T. 4 176,85 bz	Berlin-Hamburg	12 — 4 172,10 bz
do. do.	2 M. 4 175,80 bz	Berl. Nordbahn	0 — fr. —
		Berl. Potsd.-Magd.	1 — 4 79,25 bz
		Berlin-Stettin	8 1/2 — 4 131 bz
		Böhm. Westbahn	5 — 4 80,10 bz G
		Breslau-Freib.	7 1/2 — 4 84,23-83,75 bz
		Cöln-Minden	6 1/2 — 4 102,00 bz
		Cuxhaven-Elsb.	5 — 4 97,75 bz
		Dux-Bodenbach	0 — 4 8,00 bz G
		Gal. Carl-Ludw.	8 1/2 — 4 85,75 bz
		Halle-Sora-Guth.	0 — 4 12,25 bz G
		Hannover-Altenb.	0 — 4 19,08 bz G
		Kaschau-Oderberg	5 — 4 52,00 bz G
		Kronpr. Radolfs	5 — 4 53,90 bz G
		Ludwigsb.-Bxh.	9 — 4 177,25 bz
		Märkisch-Posen	0 — 4 23,80 bz G
		Magdeb.-Halberst.	0 — 4 65,50 bz G
		Magdeb.-Leipz.	14 — 4 230,00 bz
		Schlesisch.	4 — 4 94,10 bz G
		Sächs. Präm.-Anl.	4 — 4 98,50 bz
		Saale-Anl.	4 — 4 142,75-43,25 bz
		Sächs.-Mnd. Främ.-Ansch.	12 — 4 132,25 bz
		do. do.	12 — 4 130,25 bz
		Oesterr.-Fr. St.-E.	8 — 4 504,00-3,50 bz
		Oest. Nordwestb.	5 — 4 245,50 bz
		Oest. Südb. (Lomb.)	1 — 4 187-86,50 bz
		Ostpreuss. Südb.	0 — 4 29,10 bz G
		Reichsb.-Fr.-B.-B.	5 — 4 106-5,75 bz
		Rheinische	4 1/2 — 4 68,00 bz
		do. Lit. B. (4% gar.)	4 — 4 118,00 bz
		Rhein-Nahe-Bahn	0 — 4 93,00 bz
		Rumän. Eisenbahn	0 — 4 17,50 bz G
		Schwab. Westbahn	0 — 4 27,25 bz
		Stargard-Posen	4 1/2 — 4 17,70 bz
		Thüringer Lit. A.	7 — 4 101,30 bz
		Warschau-Wien.	10 — 4 116,50 bz
		do. do.	10 — 4 208,00 bz
Fonds- und Geld-Course.		Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.	
Staats-Anl. 4% consol.	4% 106,10 bz	Berlin-Görlitzer	4 — 4 75,25 bz G
do. do.	4% 99,25 bz	Berlin-Nordbahn	0 — fr. —
Staats-Schuldversch.	3% 92,50 bz	Breslau-Warschau	0 — 4 30,00
Präm.-Anleihe v. 1855	3% 131,50 bz	Breslau-Sora-Guth.	0 — 4 24,50 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4% 101,50 bz	Hannover-Altenb.	0 — 4 37,75 bz G
Berliner . . . . .	4% 101,50 G	Köln-Falkenb.	2 1/2 — 4 47,75 bz G
Pommersche . . . . .	3 1/2 84,25 G	Märkisch-Pescher	5 — 4 67,00 bz G
Pommersche neue . . . .	4 94,80 bz	Magdeb.-Halberst.	3 1/2 — 4 63,90 bz G
Schlesische . . . . .	3 1/2 —	do. Lit. C.	5 — 4 99 3/4 G
Kur- u. Neumark.	4 97,70 G	Ostpr. Südbahn	3 1/2 — 4 73,50 bz G
Pommersche . . . . .	4 97,00 bz	Pomm. Centralb.	0 — fr. —
Pommersche . . . . .	4 97,10 bz	Rechte-O.-U.-Bahn	0 1/2 — 4 108,75 bz G
Preussische . . . . .	4 97,10 bz	Rumänier	5 — 4 83,00
Westfäl. u. Rhein.	4 98,75 bz	Saale-Bahn	5 — 4 29,00 bz G
Schlesisch . . . . .	4 99,25 bz	Waimar-Gora.	5 — 4 29,00
Schlesisch . . . . .	4 97,70 bz		
Badische Präm.-Anl.	4 123,25 bz G	Bank-Papiere.	
Saale-Anl. 4% Anleihe	4 124,30 bz	Allg. Deut. Hand.-G.	5 — 4 conv. 21,75 G
Ostpr.-Mnd. Främ.-Ansch.	3 1/2 109,25 bz	Anglo-Deutsche Bk.	0 — 4 66,50 G
		Berl. Kassen-Vor.	19 1/2 — 4 130 B
		Berl. Handels-Ges.	7 — 4 88,75 bz